ausgabe 1.2019 | www.mehr-demokratie.de

mdmagazin

ZEITSCHRIFT FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

Verfassungsbeschwerde „Stop EU-Only“
S. 16

Ankündigung der Mitgliederversammlung
S. 39

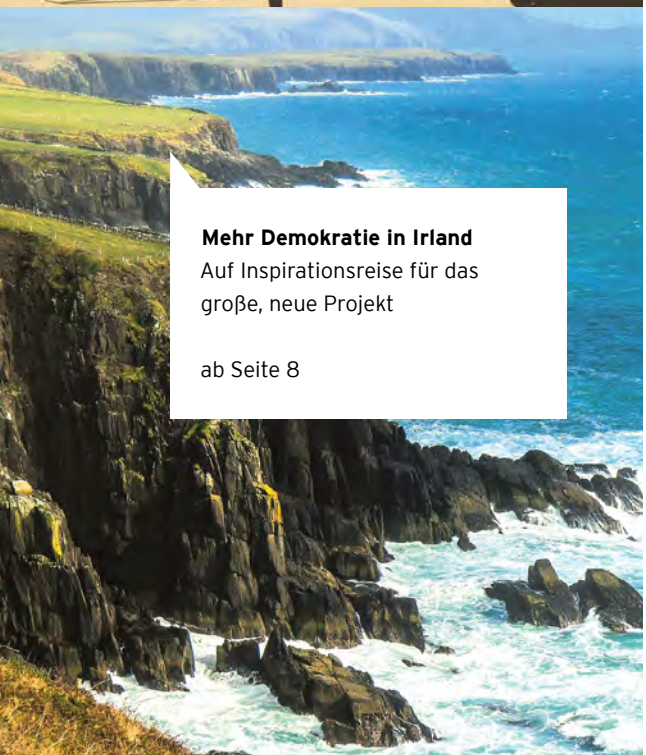
MEHR DEMOKRATIE

Global Forum 2018
Ein Rückblick auf eine lehrreiche Tagung

ab Seite 20

Die Klimabroschüre ist da!
Was direkte Demokratie mit der Energiewende zu tun hat

ab Seite 12



Mehr Demokratie in Irland
Auf Inspirationsreise für das große, neue Projekt

ab Seite 8

INHALT

GRUNDLAGEN
4 KOLLEKTIVE INTELLIGENZ
8 AUF DEN SPUREN EINES DEMOKRATIE-EXPERIMENTS
12 KLIMASCHUTZ DURCH DIREKTE DEMOKRATIE
15 BADEN VOR 100 JAHREN

EUROPA & INTERNATIONAL
16 VERFASSUNGSBESCHWERDE „STOP EU-ONLY“

AKTION
18 MEHR SCHULTERN SCHULTERN MEHR!

EUROPA & INTERNATIONAL
20 GLOBAL FORUM 2018
24 DIE GELBWESTEN UND DIE DIREKTE DEMOKRATIE

DANKESCHÖN
26 EINE VIERTELMILLION ZUM JUBILÄUM

BUNDESLÄNDER
28 NEUES AUS DEN LANDESVERBÄNDEN
30 KOMMUNEN ALS LABORE FÜR EIN MODERNES WAHLRECHT
32 QUAL DER WAHL

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE
34 DIE ZUSPITZUNG DER DEMOKRATIE AUF DAS ICH

MD INTERN
37 MD-FORUM ÜBERS QUORUM
38 NACHRUF ZU PROF. ANDREAS AUER
39 EINLADUNG ZUR BUNDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG

LESERBRIEF
42 ANREGUNGEN FÜR NEUE WEGE

TITELBILD **JAN HAGELSTEIN**, LINKS OBEN **JAN HAGELSTEIN**, LINKS MITTE **ZOFF KOLLEKTIV**, LINKS UNTEN **DEJAUGSBURG / PIXABAY**

Liebe Leser*innen,

diese Geste hat mich fasziniert – jeden Tag mehr: der Arm ausgestreckt, die Handfläche nach oben gedreht, die Finger gespreizt. Eine Statue auf der linken Seite der langen Treppe, die zum Kapitol hinaufführt, einem der sieben Hügel Roms. Hier steht das Rathaus und hier hat im September das Global Forum on Modern Direct Democracy getagt, ein Treffen von Initiativen aus aller Welt. Die Botschaft, die von all den Diskussionen um Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie ausging, ist die des Mannes auf dem Sockel: Erhebt euch, übt den aufrechten Gang.

Er trägt ein Schwert, das nicht gezogen ist. Seine Kleidung ist die eines einfachen Mannes. Den Kopf hält er gebeugt, fast so, als würde er sich vor den Menschen, die man sich gut am Fuß der Treppe vorstellen kann, verneigen. Jedenfalls reckt er nicht stolz das Kinn, es ist eher eine Demutshaltung.

Erst zu Hause konnte ich herausfinden, wer dieser Mann ist: Cola di Rienzo. Er hat im 14. Jahrhundert Rom befriedet, hat sich zum Fürsprecher des Volkes gemacht und die zwei großen, verfeindeten Adelsfamilien entmachtet. Genannt wurde er „Tribun der Freiheit“. Tatsächlich atmeten die Bürger auf und Rom blühte auf, die Lebensmittelpreise sanken, die Straßen waren wieder sicher und Rienzo wurde als Held gefeiert. Das muss ihm, wir kennen das Muster, zu Kopf gestiegen sein. Er ist schließlich an seinem Größenwahn gescheitert, wurde aus Rom verjagt, kehrte zurück, wurde ermordet. Die Plastik zeigt ihn also zu Beginn seines Wirkens.

Wer mit einer solchen Geste auf Menschen zugeht, vertraut ihnen, jedem einzelnen: Auf euch kommt es an, auf euch! Das ist es, was auch aus den Beiträgen in diesem Heft spricht. Der ausführliche Bericht über das Treffen in Rom ist eine Perlenkette von Erfahrungen und Erkenntnissen. Lassen Sie sich inspirieren.

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher

Ralf-Uwe Beck,
Bundesvorstandssprecher
von Mehr Demokratie

KOLLEKTIVE INTELLIGENZ

Einer für alle – oder jeder für jeden?

VON **CLAUDINE NIERTH**

Immer wieder werde ich gefragt, ob es wirklich gut sei, dass alle Menschen wählen oder abstimmen dürfen, die meisten Menschen seien doch zu dumm, denken die Bürger*innen über ihresgleichen. Spreche ich dann mit Politiker*innen, höre ich, dass man ja da sei, um die Menschen zu regieren. Einer meinte sogar einmal zu mir, dass das Parlament da sei, um das Volk vor sich selbst zu schützen. Aha.

Wie sieht es aus mit der Gleichheit im Rechtsleben, im politischen Feld, wo wir unser Zusammenleben vereinbaren? Gerade hier stellen wir Ansprüche, wer gleicher ist und wer nicht. Jüngst wurde ich in einer Diskussionsrunde mit der Forderung einer »Lizenz zur Mündigkeit« konfrontiert. Erst wenn man diese durch ablegen einer Bildungsprüfung erworben habe, dürfe man sich an politischen Entscheidung wie Wahlen und Abstimmungen beteiligen. So die Idee.

Die gesamte Not auf einen Punkt:

Wir sind elitär, suchen für alles immer die Besten der Besten und vertrauen niemandem, am wenigsten uns selbst. Ist das unser demokratisches Verständnis? Mit derlei, sicher wohlgemeinten, Ansprüchen sägen wir an dem Grundpfeiler unserer Gesellschaft: dem (Menschen-)Recht auf Gleichheit. Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz, so Artikel 3 Absatz 1 im Grundgesetz. Jede Regel gilt für dich wie für mich, egal ob Frau oder Mann, usw..

Niemand darf aufgrund seines Andersseins bevorzugt oder benachteiligt werden. Jedem Menschen steht dieses Recht zu, weil er Mensch ist. Er kann dumm, arm und anders sein, aber keiner darf ihm das Recht nehmen, die Geschicke, die uns alle betreffen, mitzubestimmen. Jede*r Einzelne ist Teil des Ganzen. Voraussetzungslos. Das ist die Errungenschaft. Beachtlich. Die Würde des Menschen: Ihn achten.

Unsere Mündigkeit infrage zu stellen und uns der Bevormundung jeglicher Art zu unterwerfen, ist das Erbe unserer obrigkeitshörigen Gewohnheit. Anerzogen im Elternhaus, übernommen in der Schule, fortgeführt im Berufsleben bis in die Politik: immer steht jemand vor uns und sagt wo's lang geht. Immer eine Instanz über uns, die mit mehr Kompetenz und mehr Macht über unser Leben ausgestattet ist als wir. Daran haben wir uns gewöhnt. Aber ist dieses hierarchische Prinzip noch zeitgemäß? Stimmt die Annahme noch, dass alle Menschen grundsätzlich ahnungslose Wesen sind, unfähig ihre Geschicke selbst zu bestimmen und deshalb einer Führung von Besserwissenden untergeordnet werden sollten?

Warum sitzt unsere Sehnsucht nach Führung so tief?

Ich war im Frühjahr 2017 auf dem Parteitag der SPD, wo Martin Schulz mit 100 Prozent zum Parteivorsitzenden und damit zum Kanzlerkandidaten gewählt wurde. Was für ein Hype! Schulz wurde wie ein Erlöser von seinen Anhänger*innen gefeiert. Nicht der einzige Politiker, welchem die Menschen ihre gesamte Hoffnung zu Füßen legten. Rund um den Erdball hat die Sehnsucht nach starken Führungspersonen Hochkonjunktur. Was für ein Phänomen. Wie können wir davon ausgehen, dass ein einziger Mensch für zig Millionen Menschen fähig ist, ihr Wohlergehen herbeizuregieren? Welche Überforderung. Da kann ich nur dem gratulieren, dem dieser Erwartungsdruck erspart bleibt.

Diese Erwartung muss zwangsläufig enttäuscht werden. Dieses Führungsstreben hätte nur Erfolg, wenn wir nicht nur an Rechten, sondern in unseren Persönlichkeiten alle gleich wären. Dann wäre egal, wer uns regieren würde. Die Gewählten wären wie wir und würden auch nur machen, was wir wollten. Merken Sie den Trugschluss unseres gesamten politischen Systems? Und jede Partei vertritt diesen Machtanspruch, es für alle am besten zu wissen.

Wir suchen nach Führungspersonen, im privaten wie im politischen Leben. Wir suchen Orientierung, Ratgeber aller Art füllen die Bestsellerlisten. Aber hinter dieser Suche verbirgt sich meines Erachtens eine ganz andere Sehnsucht: Die Suche nach innerer, vertikaler Anbindung! Es gibt eine Sehnsucht nach Führung, die ich in mir finden muss. Wer führt mich, wenn ich es nicht bin? Wer ist die Instanz in mir, der ich meine gesamte Kompetenz zuschreibe und die meine Entscheidungen

trifft? Und jede Enttäuschung mit äußerer Führung – politisch, beruflich oder privat – wirft mich auf mich selbst zurück: Wer bin ich? Wie geht es weiter? Wer hier statt auf (s)eine innere Stimme auf stille Leere trifft, wer sich selbst misstraut und lieber jedem Ratgeber folgt, wer sich eher aus dem Weg geht als sich selbst begreift, der hofft auf Führung von außen. Hauptsache jemand regelt es für mich und ich bin die Verantwortung los. Wir alle kennen diese Neigungen, niemand ist frei davon. Ich kenne sie jedenfalls sehr gut.

Was, wenn wir jedem Menschen vertrauen, vor allem uns selbst?

Was ist, wenn wir das Prinzip umdrehen und die Suche nach den dümmsten, ungebildetsten, voraussetzungslosesten Zeitgenossen zuließen? Was, wenn wir jedem Menschen vertrauen? Und wenn ich mir vertraue? Wenn wir annehmen: »In jedem brennt ein Licht, auch im Dümmsten«? Was, wenn ich meine Unmündigkeit, mein Unwissen ernst nehme, aber davon ausgehe, dass jeder Mensch Träger eines unendlichen Potentials ist? Wie sähe dann eine Parteitagsrede aus? Könnte noch das Besserwissen über die Köpfe hinweg gebrüllt werden? Was wäre, wenn die Redner*innen einfach nur zuhören und nachfragen, was denn die anderen denken? Wenn sie mal zugeben, es auch nicht zu wissen, aber den Drang verspüren, es nicht ohne die vielen anderen wissen zu können?

Solche Erfahrungen der Umkehr oder Umstülpung kündigen sich bereits an. Neue, zukünftige soziale Strukturen werden bereits geübt. Jenseits sämtlichen Hierarchiedenkens. Noch vereinzelt in den Nischen unserer Gesellschaft. Ein Zukunftsbild: Man stelle sich eine Gruppe von Menschen vor, deren Mitglieder alle auf gleicher Augenhöhe sind, unabhängig von ihrer Größe. Im Gegenteil: je verschiedener sie untereinander sind, desto kostbarer für die gesamte Gruppe. Je unterschiedlicher, je individueller, je weniger einer dem anderen gleicht, desto besser für den Prozess, das Ergebnis und den Gemeinsinn. Wie klingt das? Im Zentrum wäre nicht die Suche nach dem kompetentesten, besten, stärksten Menschen, sondern nach der ganzen Gruppe. Im Mittelpunkt stünde die Suche nach gemeinschaftlicher Weisheit, nach kollektiver Intelligenz.

„Ein Zukunftsbild: Man stelle sich eine Gruppe von Menschen vor, deren Mitglieder alle auf gleicher Augenhöhe sind, unabhängig von ihrer Größe."

CLAUDINE NIERTH

Kollektive Intelligenz ist die zukünftige Währung sozialer Zusammenhänge – ein Quantensprung auch für die Politik

Die Grundannahme kollektiver Intelligenz geht davon aus, dass eine Gruppe von Menschen klüger ist als der klügste einzelne. Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass alle zusammen dümmer sind als der dümmste einzelne. Ob das eine oder andere wirksam wird, hängt allein von dem Prozess ab, den die Gruppe durchläuft. Die gemeinschaftliche Weisheit ist nicht die Summe der Beiträge der Einzelnen, sondern die gemeinsame Errungenschaft eines Mehrwertes, einer neuen Perspektive, eines Blickwinkels – einer vorher nicht dagewesenen Lösung oder Position. Kollektive Intelligenz ermöglicht unvorhersehbare Lösungen in einem klar definierten Prozess, in dem jeder Mensch gleich viel Raum und Gewicht einnimmt. Der gemeinsame Prozess, die gemeinsam erreichte Perspektive, das Ziel: Jede*r findet sich in einem gemeinsamen Ganzen wieder. Das Ich erlebt sich im Wir – und richtet sich auf das Gemeinwohl aus. Das ist der Kern der Kollektiven Intelligenz. Keine*r wird ausgeschlossen oder übergangen, jede*r ist voll integriert und Teil der gemeinsamen Kreation des Neuen. Der einzelne Mensch empfindet am Ende des Prozesses eine große Verbundenheit in Bezug auf sich selbst, auf die Gruppe und auf das Ergebnis. Kollektive Intelligenz findet bereits methodische Anwendung in Entscheidungsfindungsprozessen aller Art und ist nicht zu verwechseln mit Schwarmintelligenz, die meines ▸

Die gemeinschaftliche Weisheit ist nicht die Summe der Beiträge der Einzelnen, sondern die gemeinsame Errungenschaft eines Mehrwertes, einer neuen Perspektive, eines Blickwinkels – einer vorher nicht dagewesenen Lösung oder Position.

Erachtens einem ganz anderen Phänomen entspringt. Wer einmal den Mehrwert eines solchen Prozesses erlebt hat, wird auf ihn nicht mehr verzichten wollen.

Qualitätskriterien Kollektiver Intelligenz

Um zu gewährleisten, dass sich die Intelligenz und nicht die Dummheit einer Gruppe herauskristallisiert, bedarf es verschiedener Faktoren und Voraussetzungen, die den qualitativen Prozess der Gruppe sichern: Der wichtigste Bestandteil ist das Zuhören. Erfasst wird nur, was für die anderen von Bedeutung ist. Pole müssen nicht wie sonst üblich ausgeglichen oder in Kompromisse gefasst werden. Ein Aushalten der Spannung zwischen den unterschiedlichen Polen ermöglicht erst die Öffnung für etwas »Neues«. Die Gruppe ist unabhängig von den Sympathien und Antipathien der Gruppenmitglieder. Jede*r Teilnehmer*in bringt sich so pur wie irgend möglich ein, findet wertfrei den eigenen Platz und muss sich nicht üblichen Reaktionsmustern aussetzen. In diesem Rahmen sind sogar stille Momente, Innehalten und Impulskontrolle entschleunigende Hilfen.

Die Neugierde ist der Ursprung des Prozesses, sie führt an die Quelle des Neuen, des vorher noch nie Dagewesenen. Die Neugierde auf das, was wir gerade noch nicht wissen. Es wird keinen fertigen Masterplänen gefolgt, auch werden keine erstellt. Stattdessen werden Experimentierräume gebildet, erschlossen oder ermöglicht. Wichtig sind Feedbackschleifen und eine gute Fehlerkultur. Von den Teilnehmenden wird eine hohe Selbstverantwortung verlangt. Es gilt, die eigene Persönlichkeit weder aufzugeben noch unterzuordnen. Das Interpersonelle wird nicht ausgenommen oder außen vor gelassen, es ist Teil des Prozesses.

Das voraussetzungslose Einlassen auf das, was gerade im Moment ist, ermöglicht die Einladung der Weisheit des Augenblickes. Die Tiefe des Kontaktes entscheidet mit über die Aufmerksamkeit für das Allgegenwärtige und die Öffnung für das Neue. Je tiefer Kontakt und Verbindung gehen, desto weiter öffnet sich das Feld des Möglichen, desto größer ist die Entfaltung der Intelligenz der Gruppe und die Öffnung für den »Einfall«. Kollektive Intelligenz entsteht zwischen Menschen, wenn negative Emotionen wie z.B. Neid, Konkurrenz, Ärger, Furcht, Unsicherheit, klar adressiert sind, ihren Platz innerhalb des Prozesses finden und weder übergangen noch negiert werden. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses.

Wer gefragt wird, wendet sich nicht ab

Politiker lassen ihre Bürger*innen oft spüren, nicht gestört werden zu wollen. Die Bürger*innen sollen sich am besten heraushalten, fühlen sich dann aber als Teil des Problems und wenden sich verständlicherweise ab. Bekommt man aber das Gefühl, Teil der Lösung und geradezu unverzichtbar zu sein, entsteht das Bedürfnis nach Teilhabe wie von selbst. Wer gefragt wird, wendet sich nicht ab. Wer gebeten wird zu helfen, hilft. Wer gesehen wird, bleibt. Statt Polarisierung ist das Prinzip Kooperation und eine sich ergänzenden Gemeinschaft.

Stellen wir uns so einmal eine Talkshow vor, deren Moderator*in nicht dann erfolgreich ist, wenn alle möglichst kontrovers, unversöhnlich und laut streiten, sondern wenn sich die Runde am Ende in einer dem Gemeinwohl wirklich dienenden Position oder Perspektive findet. Die Zuschauer*innen wären dann Zeug*innen beim Entstehen von Lösungen, Verbindungen und Bezügen. Sie wären nicht mehr zurückgeworfen auf sich selbst durch die sonst übliche, zermürbende »Beziehungslosigkeit«, sondern jetzt vom dem Geschehen angezogen und Beobachter*innen eines sich bildenden Gemeinsinnes.

Demokratie ist dann nicht mehr der Schauplatz des Gefechts um die Macht der Stärkeren, sondern der Ort, an dem Menschen ihre Interessen verbinden. Damit sind die Andersdenkenden nicht mehr eine Gefahr für die Demokratie, sondern ihre Chance. Das Unkontrollierbare will sich heute nicht mehr von einer zentralen Macht kontrollieren lassen. Je individueller die Menschheit wird, desto mehr wird sie sich aus und durch Gemeinschaft organisieren. /

ANMERKUNG
Dieser Beitrag erschien leicht verändert zuerst in „Die Christengemeinschaft“ März 2019

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie

Foto: Eric Muhr | Unsplash

Neben Mehr Demokratie waren auch Personen aus der Verwaltung, von Democracy International sowie weiteren Politik- und Beteiligungsinstituten in Irland mit dabei. | Foto: Michael von der Lohe

AUF DEN SPUREN EINES DEMOKRATIE-EXPERIMENTS

Was wir in Irland über Referenden gelernt haben und für unser eigenes Projekt mitnehmen.

VON **ROMAN HUBER**

Bei „Demokratie-Experiment“ denken Sie jetzt nicht sofort an Irland? So ging es mir auch – bis die Ir*innen im letzten Jahr mit 66,4 Prozent für eine Lockerung des rigiden Abtreibungsverbotes gestimmt haben. Vorbereitet wurde das Ganze von einer gelosten Bürgerversammlung, beschlossen in einem Referendum.

So etwas wollen wir in Deutschland auch machen. Die Idee, ein ähnliches Modellprojekt auch hier zu starten, wurde im letzten Jahr geboren. Jetzt wollten wir – eine Gruppe von Leuten aus Demokratie-Organisationen, Politik und Beteiligungsinstituten – mehr darüber wissen und sind im Januar 2019 nach Irland gereist. Getroffen haben wir den Premierminister, Abgeordnete, Jurist*innen, Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von NGOs und natürlich Bürger*innen. Und das haben wir in Irland gelernt:

1. Am Anfang war die Krise…

Die Finanzkrise hat Irland schwer getroffen. Im Jahr 2011 gab es eine brutale Rezession. Die Pubs im Land waren leer, Läden verwaist und Menschen wanderten aus. Nicht nur die schlechte Wirtschaftslage drückte den Menschen auf die Seele, auch gesellschaftliche Fragen waren seit Jahrzehnten ungelöst und so manche alte Tradition von der Wirklichkeit überholt. In der Verfassung stand, dass der Platz der Frau Heim und Herd sei. Blasphemie war verboten. Und das Land hatte eines der rigidesten Abtreibungsrechte der Welt. Selbst nach einer Vergewaltigung war es Frauen nicht erlaubt, die Schwangerschaft zu beenden. Viele betroffene Frauen gingen für einen Eingriff nach Großbritannien.

2. .. aus der wurde eine Chance

Manchmal braucht es die Krise, damit Menschen zu Experimenten bereit sind. Den Politiker*innen in Irland wurde klar, dass mehr Menschen in den Diskussionsprozess eingebunden sein müssen, um wirkliche Lösungen zu finden. Sie griffen auf eines der ältesten Demokratie-Prinzipien zurück, das bereits im alten Athen angewandt wurde: das Losverfahren. Die zündende Idee dabei: Die gelosten Versammlungen sollen ein Abbild der Gesellschaft sein – jede*r kann ein Mandat bekommen. Denn Parlamente sind zwar demokratisch gewählt, aber nicht (mehr) repräsentativ. In Deutschland sind es überwie-

gend Jurist*innen, Beamte und generell Akademiker*innen, die Kinder von ebensolchen sind.

3. Das Herzstück: Bürgerversammlung

In Irland kamen ein Jahr lang an zwölf Wochenenden 100 per Los bestimmte Menschen aus allen Winkeln des Landes zusammen. Großer Saal im Grand Hotel eines Küstenstädtchens, 20 Kilometer nördlich von Dublin: Die besten Expert*innen und Wissenschaftler*innen informieren über Pro und Contra. Jurist*innen stehen für Detailfragen zur Verfügung. Im Falle der Abtreibungsfrage kommen auch betroffene Frauen und Ärzt*innen zu Wort. Natürlich werden bei den strittigen moralischen Fragen auch die katholische Kirche sowie NGOs gehört. Alles wird online übertragen. So können alle nachvollziehen, ob die Informationen voreingenommen waren. Die Teilnehmenden sitzen jeweils zu sechst an runden Tischen. Die Beratungen selbst finden ohne Kameras statt, unterstützt von einer moderierenden und einer protokollierenden Person pro Tisch. Am Ende der Diskussion werden die zu entscheidenden Fragen gemeinsam im Plenum formuliert und geheim abgestimmt.

4. Enge Anbindung an die Politik

Das irische Parlament hat die Bürgerversammlungen ins Leben gerufen. Es hat die Themen bestimmt und die Vorschläge der Versammlungen entgegengenommen. Die erste Runde, die sogenannte Constitutional Convention von 2012 bis 2014 bestand aus 66 Bürger*innen sowie 33 Politiker*innen – In der zweiten Runde, der Citizens Assembly von 2016 bis 2018 saßen 99 geloste Bürger*innen. Das Vertrauen der Politik in den Prozess war mittlerweile offenbar groß genug. Die möglichst repräsentative Auswahl der teilnehmenden Personen war von einem Umfrageinstitut vorgenommen. Geachtet wurde auf Geschlecht, die Verteilung Stadt-Land und das Alter.

5. Jede*r ist angesprochen

Müssen die teilnehmenden Menschen ein bestimmtes Wissen haben, müssen sie sich im politischen System auskennen? Die übereinstimmende Antwort war: Nein. Sie lernen all dies, während sie teilnehmen. Das macht die Schönheit dieses Prozesses aus. Doch ohne professionelle und geschulte Moderation klappt es nicht. ▸

Thema	Empfehlungen	Was die Regierung mit den Empfehlungen gemacht hat	Umsetzung (Stand 01/19)
1. Reduzierung der Amtszeit des Präsidenten von 7 auf 5 Jahre	3	Regierung übernahm zwei Empfehlungen und lehnte eine ab.	**Referendum lehnte Vorschlag im Mai 2015 ab.**
2. Reduzierung des Wahlalters	1	Regierung übernahm Vorschlag.	**Referendum war für 2015 versprochen: verzögert in den nächsten 18 Monaten vorgesehen.**
3. Rolle der Frau in Heim und öffentlichem Leben	2	Ministerielle Arbeitsgruppe überlegt Optionen. Regierung will den Verfassungsartikel einfach entfernen.	**Referendum vermutlich kommenden Mai 2019.**
4. Mehr Teilhabe von Frauen in Politik	3	Ministerielle Arbeitsgruppe um das Thema weiter zu beraten.	**Kein Update.**
5. Homo-Ehe	2	Regierung stimmte Referendum zu und unterstützte den Vorschlag auch inhaltlich.	**Per Referendum im Mai 2015 angenommen.**
6. Wahlsystem	10	5 Empfehlungen wurden abgelehnt, Regierung versprach Einrichtung einer Wahlkommission, die die restlichen Vorschläge bearbeiten soll.	**Laufende Beratungen, ob eine Wahlkommission eingerichtet werden soll.**
7. Wahlrecht für Auslands-Iren bei Präsidentschaftswahl	1	Ministerielle Arbeitsgruppe überlegt Optionen.	**Referendum innerhalb der nächsten 18 Monate versprochen.**
8. Blasphemie	2	Regierung hat Referendum zugestimmt.	**Per Referendum im Oktober 2018 angenommen.**
9. Parlamentsreform	12	Keine formale Antwort der Regierung.	**Der Großteil der Empfehlungen wurde im Juni 2016 umgesetzt.**
10. Ökonomische, soziale und kulturelle Rechte	2	Regierung hat Empfehlungen abgelehnt.	**x**

Quelle: Präsentation David Farell, University College Dublin (UCD)

Weite Teile der Bevölkerung sprachen sich beim Referendum für ein Abtreibungsgesetz aus, viele gingen im Vorfeld auf die Straße.
Foto: William Murphy | Flickr, CC BY-SA 2.0

6. Ohne Geld geht es nicht

Wenn man vermeiden will, dass nur wieder die „üblichen Verdächtigen" teilnehmen, muss man Geld in die Hand nehmen. Inklusion kostet Zeit. Aber nur so kommen auch neue Menschen und Ideen in die politische Arena. Und nur so kommen Ergebnisse zustande, die wirklich mehrheitsfähig sind.

7. Breite Themenpalette

Bei der ersten Runde, der Constitutional Convention, wurden zehn Themenkomplexe behandelt. Für die meisten davon war jeweils ein Wochenende vorgesehen, für umstrittenere wie die Homo-Ehe zwei Wochenenden. Die Bürger*innen erarbeiteten über 30 Empfehlungen und übergaben diese dem Parlament.

Für die Ergebnisse der zweiten Runde der Citizens Assembly haben wir noch keine solche Auswertung, denn die endete erst im Jahr 2018.

Constitutional Convention	**Citizens Assembly**
Homo-Ehe, Mai 2015	Abtreibungsrecht, Mai 2018
Abstimmungsbeteiligung = 60.5%	Abstimmungsbeteiligung: = 64.1%
Ja= 62.1% Nein= 37.9%	Ja= 66.4% Nein = 33.6%

8. Keine Angst vor heißen Eisen

Die mit Abstand heißesten Themen waren die Homo-Ehe und ein neues Abtreibungsrecht. Beide Empfehlungen der Versammlungen wurden zuerst vom Parlament übernommen und dann in Abstimmungen angenommen.

Kaum jemand hielt diese liberalen Vorschläge für mehrheitsfähig. Es zeigte sich, dass die Bevölkerung mutiger war als die Politik. Ohne die Bürgerversammlungen wäre es gar nicht erst zu den Referenden gekommen, denn das Parlament hätte sich kaum einigen können. Zur gleichen Zeit übrigens führte im katholischen Frankreich die Regierung die Homo-Ehe ein. Hunderttausende zogen gegen diesen Beschluss „von oben" auf die Straßen.

Da alle wussten, dass beide Themen eine Verfassungsänderung zur Folge haben, wertete das den Diskussionsprozess stark auf. Deutlich mehr Menschen nahmen Anteil, beteiligten sich an der Diskussion und machten Eingaben.

9. Die Verfassung ist „unser Buch"

In Irland muss jede Verfassungsänderung vors Volk. Will das Parlament die Verfassung ändern, beschließt es diese Änderung mit einfacher Mehrheit in beiden Kammern. Danach findet zwingend ein Referendum statt. Die Bürger*innen entscheiden ebenfalls mit einfacher Mehrheit, es gibt kein Abstimmungsquorum. Von 1941 bis heute gab es über vierzig solcher Verfassungsreferenden.

In Irland werden praktisch alle bedeutenden Fragen – vom Wahlrecht bis zu EU-Verträgen – in der Verfassung geregelt und immer mittels Volksabstimmungen bestätigt (oder abgelehnt). Das Ergebnis ist, dass der ehemalige Premierminister Enda Kenny die Verfassung als „Buch der Bürger" bezeichnet. Wir sind beeindruckt und berührt – wie wäre es, wenn wir vom Grundgesetz als „unserem Buch" sprechen würden?

10. Hundert Menschen sind genug

Bei einer reinen Zufallsauswahl sind 100 Leute statistisch nicht repräsentativ, auch nicht in einem kleinen Land mit einer Bevölkerung von 4,5 Millionen

Andererseits: Versammlungen mit 1.000 Menschen würden in dieser Form nicht mehr funktionieren – sie wären einfach

„Unsere Bürger sagen zu ihrer Verfassung, das ist unser Buch!, weil sie über jede Änderung abgestimmt haben." Endo Kenny, ehemaliger Premierminister.

Foto: Jan Hagelstein

überdimensioniert und nicht mehr organisierbar. Überschaubarkeit spielt eine große Rolle, damit Menschen sich überhaupt öffnen können. Schon bei 100 Teilnehmenden trauen sich anfangs nur wenige im Plenum vor allen zu sprechen. Mit mehr als 150 bis 200 Menschen ist ein so intensiver Austauschprozess nicht mehr sinnvoll machbar. Es braucht also einen Kompromiss zwischen Repräsentativität und praktischer Umsetzbarkeit.

11. Der Ton macht den Erfolg

Über den zentralen Erfolgsfaktor waren sich alle einig: Der ruhige, faktenbasierte Austausch unter den Beteiligten. In einem offenen und sicheren Klima konnten sich neue Meinungen bilden. Niemand stand „blöd" da, wenn er seine Meinung änderte. Tom Arnold, der Vorsitzende der ersten Convention erklärte uns die sechs Arbeitsprinzipien (siehe Kasten rechts), die er mit allen Teilnehmenden zu Beginn der Versammlung vereinbart hatte und in deren Verlauf überwachte.

Diese Grundprinzipien in Anwendung würden jede politische Talkshow, jede Veranstaltung, ja sogar die Auseinandersetzung im Parlament verändern.

Wir haben also eine Menge in Irland gelernt. Gerade bereitet Mehr Demokratie einen solchen Bürgerrat in Deutschland vor. Wir sind unglaublich gespannt, ob und wie dies bei uns funktioniert. Wir halten Sie auf dem Laufenden. /

Roman Huber
Geschäftsführender Bundesvorstand
von Mehr Demokratie

GRUNDPRINZIPIEN DER IRISCHEN BÜRGERVERSAMMLUNG (frei übersetzt)

- **Transparenz:** Die Bürgerversammlung arbeitet transparent, alle Plenarsitzungen werden live übertragen. Alle Unterlagen sind frei zugänglich. Die Versammlung soll offen sein für alle Teile der Gesellschaft.
- **Fairness:** Zu jedem Thema wird das gesamte Meinungsspektrum gehört. Die Informationen, die die Volksversammlung bekommt, sind von höchster Qualität.
- **Stimmengleichheit:** Jedes Mitglied erhält die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern, wenn es dies wünscht.
- **Effizienz:** Die Versammlung wird die begrenzte, gemeinsame Zeit bestmöglich nutzen. Alle Unterlagen werden im Voraus verteilt, damit sich die Teilnehmenden angemessen auf die Sitzungen vorbereiten können.
- **Respekt:** Es ist wichtig, dass Alle frei ihre Ansichten äußern können, ohne Angst vor persönlichen Angriffen oder Kritik zu haben.
- **Kollegialität:** Alle Beteiligten werden im Geiste der Freundschaft zusammenarbeiten, wenn sie diese Aufgabe gemeinsam angehen.

Wir nehmen die Klimawende selbst in die Hand!

Handbuch mit erfolgreichen Klima-Bürgerbegehren, Handlungsempfehlungen und Kampagnen-Checkliste

HERAUSGEGEBEN VON

Umweltinstitut München e.V. · BürgerBegehren Klimaschutz · MEHR DEMOKRATIE

UNTERSTÜTZT DURCH

+350 · adfc · BUND · changingcities · GREENPEACE · Klima Allianz Deutschland · NaturFreunde DEUTSCHLAND

Das Tolle an der direkten Demokratie ist, dass du nicht mehr Bittstellerin bist. Du führst eine Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger herbei und die Stadt muss sie umsetzen.

WIEBKE HANSEN, TSCHÜSS KOHLE

WWW.KLIMAWENDE.ORG

People power statt Profite:

Wir erobern die Energieversorgung in unserer Stadt zurück!

WWW.KLIMAWENDE.ORG

KLIMASCHUTZ DURCH DIREKTE DEMOKRATIE

Klimawende von unten: jetzt und überall!

VON **JAN RENNER** UND **SUSANNE SOCHER**

Spätestens das Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ in Bayern hat es gezeigt: Nachhaltiger Schutz der Umwelt durch direkte Demokratie ist möglich! Dabei werden wir durch den Erfolg der „Bienen“ und das enorme öffentliche Interesse, welches das Volksbegehren innerhalb von wenigen Wochen generieren konnte, die Auswirkungen noch lange spüren. Das betrifft nicht nur den langfristigen Erhalt der Artenvielfalt im Freistaat, sondern vor allem die Wahrnehmung, dass man mit direkter Demokratie wirksam in die Politik eingreifen kann.

Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid „Raus aus der Steinkohle“ Ende 2017 in München entstand die Idee, einen Leitfaden dafür zu erstellen, wie man erfolgreiche Bürgerbegehren und Bürgerentscheide durchführt und wo mittels direkter Demokratie Klimapolitik gemacht werden kann. Heraus kam das Büchlein “Klimawende von unten“, das Mehr Demokratie zusammen mit dem Umweltinstitut München e.V. und BürgerBegehren Klimaschutz e.V. erarbeitet hat. Ausgehend von Projekten, die bereits in ihren jeweiligen Kommunen durch Bürgerbegehren für einen ökologischen Umschwung gesorgt haben, illustriert die Broschüre gebündelt die thematische Vielseitigkeit klimaorientierter Bürgerinitiativen. Vom Bürgerbegehren gegen die dritte Startbahn des Münchener Flughafens über die Hamburger Initiative zum städtischen Kohleausstieg bis hin zum Radentscheid für eine fahrradfreundlichere Bamberger Innenstadt werden nicht nur die Projekte einzeln geschildert, sondern ebenso die Menschen hinter den Projekten vorgestellt. Dadurch bekommen die Bewegungen und Bündnisse eine persönliche Note und es wird deutlich, dass jede*r Einzelne durch lokale Bürgerbegehren die Klimapolitik mit verändern kann. Die Beispiele dienen dabei als Vorbilder und machen Mut. Auch in Fällen wie in Berlin, wo ein Volksentscheid über die hundertprozentige Ökostrom-Versorgung der Hauptstadt knapp scheiterte und somit vorerst nicht den er hofften Ertrag einbrachte. Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt eine Niederlage für direkte Demokratie. Das Volksbegehren bewies die Stärke des Bündnisses „Energietisch“, das nun auf Augenhöhe mit der Stadt diskutieren konnte. Das Ergebnis: Berlin hat als erstes Bundesland den Kohleausstieg bis 2030 gesetzlich festgeschrieben.

Auf Basis der vorgestellten Klima-Erfolge beleuchtet das Büchlein direktdemokratische Teilnahme. Wir haben beim ►

Die Broschüre kann auf **www.klimawende.org** heruntergeladen oder als gedruckte Ausgabe über **bayernbuero@mehr-demokratie.de** bestellt werden.

Bilder und Zitate der Online-Kampagne zur Veröffentlichung der Klimabroschüre (S.12-14). Fotos: Zoff Kollektiv

Verfassen die Rolle des Fachverbands eingenommen, der über Hürden und Verfahren informiert, ohne inhaltlich einzusteigen. Was ist ein Bürgerbegehren und was gibt es dabei zu beachten? Wie läuft ein Bürgerentscheid ab und wie hoch sind die Zustimmungsquoren pro Bundesland? Es gibt eine Übersicht über sämtliche Verfahren und Hürden in Deutschland sowie umfangreiche Tipps und Hinweise, wie eine Kampagne rund um ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid organisiert werden kann. Unsere Partner haben den inhaltlichen Teil übernommen.

Konkrete Handlungsempfehlungen liefert das Büchlein zur aktiven Umsetzung des Kohleausstiegs durch das Abschalten von Kohlekraftwerken: Befinden sich jene nämlich in städtischer Hand und ist die Stadt beteiligt, so lassen sie sich durch direktdemokratischen Druck aus der Bevölkerung abschalten. In Form von Steckbriefen werden Kraftwerke mit städtischen Mehrheitsanteilen in Deutschland aufgelistet, die durch Bürgerbegehren zum Stoppen gezwungen werden können.

Direktdemokratische Initiativen können auch auf die städtische Erzeugung regenerativer Wärme abzielen, die alternativ beispielsweise durch Umweltwärme, Industriewärme oder Solar genutzt werden kann, anstatt an die Verbrennung von Kohle gekoppelt zu sein. Kohlefreie Fernwärme ist nicht nur möglich, sondern auch direktdemokratisch zu erreichen, indem die Wärmewende aktiv von Bürger*innen angegangen wird. Auch hierfür bieten aufgelistete Fälle Anstöße für die Rückgewinnung kommunaler Wärmeversorgung. Sind sowohl die Strom- als auch die Wärmeversorgung wieder in kommunaler Hand, lassen sich Stadt- oder Gemeindewerke gründen, die basisdemokratisch kontrolliert werden und die Akzeptanz von lokalem, nachhaltigem Umweltschutz steigern. Der regional gewonnene Ökostrom fördert die Energiedemokratie, in die eine Reihe weiterführender und sich ergänzender Forderungen aufgenommen werden können. Energieeffiziente Straßenbeleuchtungen und Solaranlagen auf Dächern sind hierbei nur die Anfänge.

Auch Radfahrer*innen ist es möglich, durch Bürgerbegehren zu mehr Rechten und infolgedessen zu saubererer Luft in den Städten zu kommen. In Anlehnung an den erfolgreichen „Volksentscheid Fahrrad" in Berlin haben sich Argumentationsmuster etabliert, die von weiteren Fahrrad-Initiativen übernommen wurden, wie beispielsweise sicherere Kreuzungen und die Errichtung von mehr Fahrradparkplätzen. Speziell am Beispiel der Radfahrerenden wird das Ziel des Büchleins deutlich: Indem die Erfahrungen vorheriger direktdemokratischer Initiativen zusammengetragen werden, lässt sich das Wissen für weitere Projekte ableiten. Darüber hinaus werden die Erkenntnisse nicht nur integriert, sondern durch die einzelfallbezogene Anwendung stetig angepasst und ergänzt. Hieraus entsteht ein Prozess, an dem alle teilhaben können und der im Umkehrschluss wiederum der Bevölkerung hilft, weil er zu besseren beziehungsweise demokratischeren Lösungen führt. /

Jan Renner
Praktikant bei Mehr Demokratie Bayern

Susanne Socher
Bundesvorstand von Mehr Demokratie

BADEN VOR 100 JAHREN: EIN DEMOKRATISCHES GLANZLICHT

Das Kaiserreich zerfiel und die Republik begann. Baden war vorne weg und setzte direktdemokratische Impulse. Auch wenn sie in der Weimarer Zeit kaum zur Entfaltung kamen, lohnt es, sich ihrer zu erinnern.

VON **TIM WEBER**

Baden glänzte mehrfach. Es war das erste Land des Kaiserreichs, das eine verfassungsgebende Versammlung wählte, das eine Verfassung mit anwendungsfreundlicher, direkter Demokratie regelte und die Verfassung zur Entscheidung dem badischen Volk vorlegte.

Am 10. November 1918 gründete sich in Karlsruhe aus Soldaten und Arbeiterräten sowie aus dem Wohlfahrtsausschuss die provisorische Regierung. Der Wohlfahrtsausschuss war von Karl Siegerist, Oberbürgermeister von Karlsruhe, ins Leben gerufen worden und setzte sich aus Parteivertretern zusammen. In der badischen Regierung waren dadurch neben der MSPD und USPD auch Angehörige der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP), der Nationalliberalen Partei (NLP) sowie des konservativen Zentrums (Z) vertreten.

Am 14. November wurde die Volksrepublik Baden ausgerufen und der Wahltermin für die verfassungsgebende Versammlung auf den 5. Januar 1919 festgesetzt. Die Wahlbeteiligung betrug 88,1 Prozent. Die Badische Zentrumspartei erhielt 36,6 Prozent, die SPD 32,1 Prozent, die DDP 22,8 Prozent und die Christliche Volkspartei (später DNVP) 7 Prozent. Die USPD erzielte 1,5 Prozent und war somit nicht vertreten.

Die Versammlung erarbeite eine Verfassung und verabschiedete sie am 21. März 1919 mit einstimmigem Beschluss.Am 13. April 1919 wurde die Badische Verfassung in einer Volksabstimmung angenommen. Es war die erste Volksabstimmung in Deutschland. Die Beteiligung betrug 33,8 Prozent (405.044). 91,2 Prozent stimmten für die Verfassung (369.433) und 5,2 Prozent dagegen (21.244). Zeitgleich wurde über die Frage abgestimmt, ob die verfassungsgebende Versammlung als Landtag bis zum 15. Oktober 1921 weiter gelten sollte. Auch diesem Vorschlag wurde mit über 95 Prozent zugestimmt.

Den Geburtsfehler des Grundgesetzes, nicht hinreichend legitimiert zu sein, teilte die Badische Verfassung nicht. Die Verfassungsgebenden wurden gewählt und über deren Arbeitsergebnis abgestimmt. Die im Vergleich zur Wahl niedrige Beteiligung erklärt sich auch dadurch, dass die Verfassung unstrittig war. Die Mitglieder der Versammlung brachten das Kunststück eines einstimmigen Beschlusses zustande.

Die Verfassung selbst atmete Demokratie. In §2 hieß es: „Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk.“ Direkte Demokratie war ein zentraler Bestandteil. Wenn 80.000 Stimmberechtigte (6,7 Prozent) einen Vorschlag (Volksinitiative) auf Erlass, Änderung oder Aufhebung eines Gesetzes unterzeichneten, fand eine Volksabstimmung statt. Bei Verfassungsänderungen entschied eine 2/3-Mehrheit, bei einfachen Gesetzen die Mehrheit der Abstimmenden. Quoren waren nicht vorgesehen. Allerdings waren das Finanzgesetz, Steuern und Abgaben sowie bestimmte für dringlich erklärte Gesetze von der Volksgesetzgebung ausgeschlossen. /

Tim Weber
Geschäftsführer von Mehr Demokratie

VERFASSUNGSBESCHWERDE: WIR KÖNNEN ES NICHT LASSEN...

„Stop-EU-Only" richtet sich gegen Alleingänge der EU bei Handelsabkommen.

VON **ANNE DÄNNER** UND **NICOLA QUARZ**

Schon wieder zieht Mehr Demokratie vor das Verfassungsgesicht. Dieses Mal unter dem Titel „Stop EU-Only". Wir können es einfach nicht lassen! Dies ist die fünfte Verfassungsbeschwerde innerhalb der letzten zehn Jahre (siehe Kasten rechts) und wir prüfen weitere. Jedesmal sind dafür Zeit, Geld und viel Expertise von Nöten. Warum muten wir uns das zu?

Vereinfacht gesagt: Mehr Demokratie zieht dann vor Gericht, wenn wir die Demokratie gefährdet sehen. Zum Beispiel dadurch, dass Entscheidungsrechte der Parlamente an nicht gewählte Gremien übertragen werden. Letztlich geht es dabei um unsere Rechte als Bürger*innen – sie dürfen nicht zu Gunsten von Wirtschaftsinteressen, Zentralisierung oder Vereinfachung hinten runter geschubst werden.

Singapur ist nur die Spitze des Eisbergs

Im aktuellen Fall geht es um das Handelsabkommen der EU mit Singapur unter dem klangvollen Namen EUSFTA (European Singapur Free Trade Agreement). Mit diesem Abkommen reagiert die EU-Kommission auf die heftige Kritik an anderen Handelsverträgen, allen voran TTIP und CETA. Dabei standen neben den undemokratischen und eigenmächtig handelnden Ausschüssen immer auch die investorenfreundlichen Schiedsgerichte in der Kritik. Nicht nur die Zivilgesellschaft, auch das Europäische Parlament und einzelne Mitgliedstaaten sind – was die Paralleljustiz angeht – eher skeptisch.

Die EU-Kommission hat sich daher einen Trick ausgedacht: Abkommen sollen in Zukunft aufgespalten werden in einen Handels- und einen Investitionsteil. Die Parlamente der Mitgliedstaaten sollen nur noch über den Investitionsteil mitentscheiden. Der Handelsteil dagegen gilt schon dann als ratifiziert, wenn die EU-Institutionen ihm zugestimmt haben. Das Europäische Parlament war bei den Abkommen mit Singapur leider nicht besonders kritisch – am 13. Februar hat es „Ja" zu beiden Teilen gesagt. Am nächsten Tag haben wir unsere Verfassungsbeschwerde gestartet.

Reine EU-Handelsabkommen? Das wird nicht funktionieren

Im Handelsteil der neuen Abkommen – so die Lesart der EU – sollen nur Dinge stehen, die allein in der Kompetenz der EU liegen („EU-Only"). Aber wie soll das bitte gehen? Umweltrecht, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, Steuerrecht, Bildungsrecht: all das fällt zwar unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, kann sich aber auch auf den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr auswirken. Und überschneidet sich dann mit Bereichen, für die zukünftig nur noch die EU zuständig sein soll.

Wer bestimmt dann, ob die Grenzwerte für Pestizide herabgesetzt werden, weil sie ein Handelshemmnis darstellen? Wer legt fest, ob bei der Wasserversorgung kommunale Betriebe bevorzugt werden dürfen? Die EU darf über Außenhandelsfragen zum Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie zu Direktinves-

BISHERIGE VERFASSUNGSBESCHWERDEN VON MEHR DEMOKRATIE:

- **Gegen Euro-Rettungsschirm ESM und Fiskalvertrag (2012):**
  Gegen die Abgabe von Souveränitätsrechten und die Aushöhlung unseres Wahlrechts im Rahmen der Euro-Rettungspolitik. Gericht stellt Beteiligungsrechte des Bundestags sicher und markiert rote Linien, ab wann die Europäische Zentralbank ihre Kompetenzen überschreitet.
- **„Wählen ohne Überhang" (2012):**
  Gericht macht klare Vorgaben gegen zu viele Überhangmandate.
- **Verfassungsbeschwerde gegen die 3-Prozent-Hürde bei Europawahlen (2013):**
  Gericht erklärt die Sperrklausel für verfassungswidrig.
- **Verfassungsbeschwerde „Nein zu CETA":**
  Gegen demokratisch nicht legitimierte Gremien und eine Paralleljustiz, die die staatlichen Gerichte umgehen könnte. Hier haben wir schon Teilerfolge erzielt, z.B. dass nicht alle Teile von CETA vorläufig angewendet werden. Ein Urteil steht noch aus.

titionen entscheiden. Wir sehen die Gefahr, dass sie ihre außenhandelsrechtlichen Kompetenzen nutzt, um in die Mitgliedstaaten hineinzuregieren. Ob „Regulierung und Harmonisierung“ immer auch im Sinne der Bürger*innen sind, darf bezweifelt werden. Zumindest müssten die Mitgliedstaaten da mitreden können, wo ihre Kompetenzen berührt werden.

Unsere Kritikpunkte

Mit EU-Only – so der Ansatzpunkt unserer Verfassungsbeschwerde – handelt die EU über ihre eigentlichen Zuständigkeiten hinaus. Wir meinen, dass dadurch im Grundgesetz verankerte Prinzipien verletzt werden. Zum Beispiel das Demokratieprinzip, das dem Bundestag und uns als Bürger*innen bestimmte Entscheidungsrechte garantiert. Alle Handelsabkommen neuen Typs setzen Gremien ein, die die Abkommen auslegen und weiterentwickeln sollen – und die nie von einem Parlament, geschweige denn von den Bürger*innen bestätigt wurden! Es ist kaum vorstellbar, dass es solchen Gremien gelingt, nur Dinge zu beschließen, die Kompetenzen der Mitgliedstaaten NICHT berühren.

Wir hoffen, mit „Stop EU-Only“ Fragen zu klären, die sich für die rund 20 weiteren geplanten Abkommen auch stellen. Bis Mitte April kann man sich über www.verfassungsbeschwerde.eu kostenlos beteiligen.

Paralleljustiz verhindern – Die nächste Baustelle

Gegen die Schiedsgerichte, die jetzt beim EU-Singapur-Abkommen im abgetrennten Investitionsteil behandelt werden, sind wir übrigens auch schon aktiv. Wir beobachten das von Belgien beim EuGH angestoßene Verfahren, bei dem es um die Paralleljustiz in CETA geht. Wenn wir hier eine Chance sehen, werden wir auch gegen das Investitionsschutzabkommen mit Singapur rechtliche Schritte einleiten.

Bis es so weit ist, wendet sich Mehr Demokratie politisch gegen die undemokratischen Schiedsgerichte. Im Januar haben wir im „Bündnis Gerechter Welthandel“ eine Kampagne gestartet. Mit über 150 Organisationen fordern wir von den EU-Institutionen, sich aus Investitionsschutzabkommen zurückzuziehen und Konzerne für Menschenrechtsverstöße haftbar zu machen. /

MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN

Hier können Sie die Unterschriftenaktion unterstützen:
www.mehr-demokratie.de/isds-aufruf

STOP EU-ONLY

Hier können Sie sich kostenlos der Verfassungsbeschwerde anschließen
www.verfassungsbeschwerde.eu

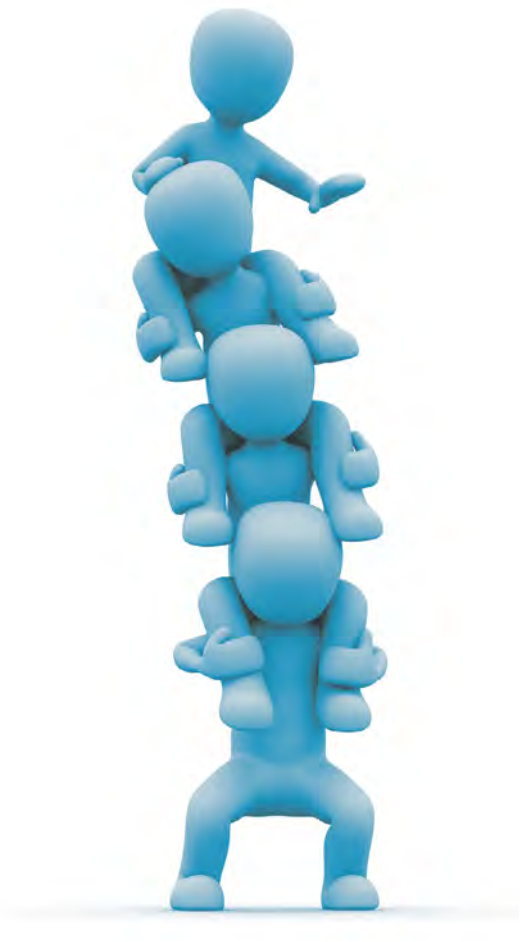
Anne Dänner
Bundespressesprecherin und Bereichsleiterin der Öffentlichkeitsarbeit von Mehr Demokratie

Nicola Quarz
Juristin bei Mehr Demokratie

MEHR SCHULTERN SCHULTERN MEHR

Wie wir schon bald doppelt so überzeugend sein können.

VON **KATRIN TOBER**



Was verbindet uns bei Mehr Demokratie? Wir sind Wegbereiter*innen. Wir machen den Weg frei, damit Menschen sich für ihre Gemeinden, für den Umweltschutz oder soziale Gerechtigkeit engagieren können. Wir sind, so hat es Thilo Bode, der frühere Greenpeace-Chef, einmal gesagt, die „Mutter der Nichtregierungsorganisationen“.

Jüngst hat das Beispiel aus Bayern gezeigt, was wir Bürger*innen bewegen können, wenn wir die nötigen Instrumente zur Verfügung haben. Unglaubliche 18,4 Prozent der Wahlberechtigten haben sich für das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ eingetragen.

Tatsächlich wird die Liste der drängenden Probleme, die von der Politik allein nicht bewältigt werden, immer länger. Wir brauchen deshalb eine gut ausgebaute direkte Demokratie in den Ländern – und endlich den bundesweiten Volksentscheid. Damit wir solche Erlebnisse wie in Bayern auch bei bundespolitischen Themen feiern können.

Aber wir brauchen mehr Schultern, die all die Arbeit tragen! Rund 9.700 Mitglieder zählt Mehr Demokratie. Unsere gemeinsame Bilanz: 30 Reformen in 30 Jahren. Das ist beachtlich, aber die größten Baustellen liegen noch vor uns.

Jetzt kommen Sie ins Spiel! Bestimmt gibt es in Ihrer Nähe Menschen, die so ticken wie Sie: in Ihrer Familie, unter Freund*innen, Bekannten oder Kolleg*innen. Nehmen wir an, jede*r von uns nimmt sich vor, nur ein weiteres Mitglied zu werben. Wir wären bald schon doppelt so groß, doppelt so überzeugend.

Daher unsere Bitte: Nutzen Sie das beigelegte Formular, um ein Mitglied für Mehr Demokratie zu gewinnen. Vermutlich reicht es nicht, nur eine Person anzusprechen. Versuchen Sie lieber, mit vier oder fünf Menschen ins Gespräch zu kommen. Bestimmt können Sie dann eine Person überzeugen.

Das wäre eine echte Hilfe. Und vergessen Sie nicht, auf dem beigelegten Formular Ihre Wunschprämie anzukreuzen. /

MITGLIED WIRBT MITGLIED
Weitere Informationen und das Werbeformular zum Herunterladen:
www.mehr-demokratie.de/mitglied-wirbt-mitglied/

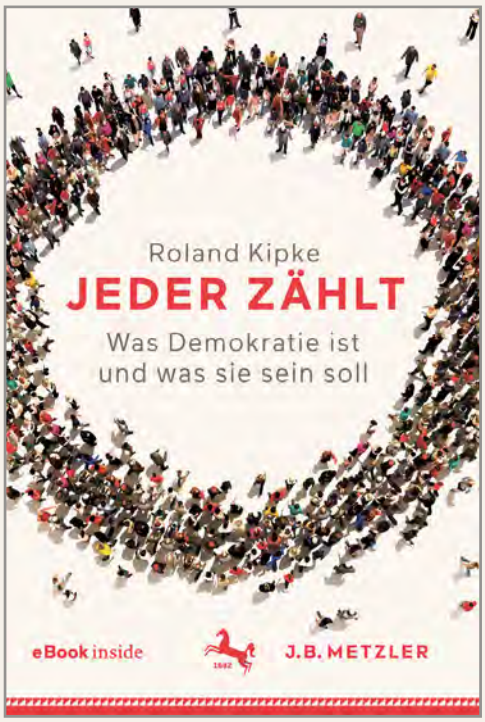
BEI FRAGEN
Mehr Demokratie e.V.
Katrin Tober
0421 79 46 370
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Katrin Tober
leitet den Bereich Fundraising von Mehr Demokratie

Foto: 3dman_eu | Pixabay

Anzeige

Jeder zählt – Was Demokratie ist und was sie sein soll



R. Kipke
Jeder zählt
Was Demokratie ist und was sie sein soll
2018, VIII, 262 S. Book + eBook. Geb.
€ (D) 19,99 | € (A) 20,46 | *sFr 22,00
ISBN 978-3-476-04689-5

→ Wie halten wir es mir der Demokratie? Eine Antwort auf die aktuelle Diskussion!

→ Klare, knappe und verständliche Analyse

→ Grundlagen für ein bürgernahes Demokratieverständnis

Demokratie? Haben wir gar nicht, sagen die einen. Funktioniert nicht, sagen andere. Wird untergehen, sagen dritte. Muss völlig umgekrempelt werden, sagen vierte. Wer hat recht? Das können wir nur sagen, wenn wir wissen, was Demokratie ist. Na klar, Wahlen, Bundestag und so weiter. Aber was bedeutet Demokratie wirklich? Was ist ihr Kern? Wie nah oder fern sind wir diesem Kern? Und vor allem: Worin liegt der Wert der Demokratie? Was muss sich ändern? Der Philosoph Roland Kipke gibt Antworten auf diese Fragen. Er räumt mit einer Fülle falscher Erwartungen auf, bringt die Demokratie auf den Punkt und entwickelt Ideen für die Zukunft – schwungvoll und verständlich. Eine glasklare Darstellung und ein leidenschaftliches Plädoyer für die Demokratie.

Jetzt bestellen auf springer.com/shop oder in Ihrer Buchhandlung

€ (D) sind gebundene Ladenpreise in Deutschland und enthalten 7 % für Printprodukte bzw. 19 % MwSt. für elektronische Produkte. € (A) sind gebundene Ladenpreise in Österreich und enthalten 10 % für Printprodukte bzw. 20% MwSt. für elektronische Produkte. Die mit * gekennzeichneten Preise sind unverbindliche Preisempfehlungen und enthalten die landesübliche MwSt. Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten.

metzlerverlag.de

1682

J.B. METZLER
Part of SPRINGER NATURE

A68563

Engagierte aus aller Welt fanden sich bei der Global-Forum-Konferenz in Rom ein. | Foto: Jan Hagelstein

GLOBAL FORUM 2018

Von Rom lernen – ein Rückblick

VON **CLAUDINE NIERTH, ROMAN HUBER, RALF-UWE BECK** UND **ALEXANDER TRENNHEUSER**

Das „Global Forum on Modern Direct Democracy“ in Rom war großartig. Viele Begegnungen bei denen offenbar wurde, dass auf der Welt Hunderttausende von Menschen an einer Weiterentwicklung der Demokratie arbeiten. Die Höhepunkte, Erkenntnisse und Erfahrungen fädeln wir zu einer Perlenkette auf. Das Highlight kommt zum Schluss.

Perle 1: Was wir aus 3000 Jahren Politik in Rom lernen

Rom hat in den vergangenen dreitausend Jahren fast jedes politische System erlebt, das es auf der Welt gibt: Republik, Kaiserreich, Theokratie, Oligarchie, Konstitutionelle Monarchie, Faschismus, Demokratie. Matthew Kneale hat in seiner Rede Roms politische Geschichte zusammengefasst. Eine Anspielung hat uns fasziniert: Die römische Republik wurde durch eine Sklaven-Ökonomie und durch Ungleichheit zerstört. Auch heute haben wir weltweit eine zunehmende Spaltung und ein Wirtschaftssystem, das Menschen ausbeutet. Ist es tatsächlich eine Lehre der Geschichte, dass Ungleichheit die Demokratie zerstört?

Perle 2: Die Zukunft der Demokratie findet in Städten statt

Smart Cities werden mit neuer Technologie ihre Probleme selbst lösen, sie werden nicht warten, bis die langsamen nationalen Strukturen hinterherkommen. Dazu eine Kurzgeschichte aus Spanien – erzählt vom Open-Source-Programmierer Pablo Soto (Madrid): Am 15. Mai 2011 fanden Demonstrationen in 50 spanischen Städten statt, von keiner Partei, keiner Gewerkschaft und keiner etablierten NGO organisiert. Hunderttausende, vor allem junge Menschen, gingen auf die Straße. Sie riefen „Democracia Real Ya!“. Einige Jahre später, bei den Kommunalwahlen, traten viele dieser Aktiven in neuen Listen und Parteien an. Ihr Hauptthema war wieder die Demokratie. In Madrid und vielen anderen Städten stellen sie heute Gemeinderäte, Bürgermeister und Verwaltungsbeamte. Sie setzten ihre Versprechen um. Beteiligungsprojekte starteten.

So wie in Madrid. Hier können Bürger*innen über den Einsatz von 100 Millionen Euro pro Jahr selbst entscheiden. Barcelona will Energie zu 100 Prozent aus grüner Energie gewinnen

und hat eine Whistleblower-Infrastruktur implementiert. Technik-Freaks sagen eine kulturelle Revolution vorher. Die dafür entwickelte Consul Software ist mittlerweile in über 90 Städten und 18 Bundesstaaten im Einsatz.

Perle 3: Die Kerzenlicht-Revolution in Korea

Millionen von Menschen gingen im Herbst vergangenen Jahres in Südkorea auf die Straße. Sie forderten die Amtsenthebung der damaligen Präsidentin Park und beschuldigten sie der willkürlichen Ausübung ihrer politischen Macht. Die Forderungen wurden vom Verfassungsgericht auf Ersuchen des Parlaments umgesetzt. Der heutige Präsident will die Möglichkeit für Abwahlen (recall) und mehr Rechte für die kommunale Ebene in der Verfassung verankern. Auch sonst fordern in Asien immer mehr Menschen Demokratie. Daher wird die nächste Konferenz in diesem Jahr 2019 auch in Taiwan stattfinden.

„Bei ausgebauter Demokratie sind die Bürger*innen glücklicher, weil sie zufriedener sind [...] aber auch, weil sie sich selbst als wirksamen Teil des gesellschaftlichen Geschehens erleben."

Perle 4: Rangliste der direkten Demokratie weltweit

Wir wissen, dass die Schweiz die unangefochtene Nummer 1 der direkten Demokratie ist. Zwar gibt es in den USA keine nationalen Referenden. Wenn wir aber nur die kommunale und Länder-Ebene betrachten, sind die USA die Nummer 2. Vorreiter ist dabei Kalifornien. Für uns eine kleine Überraschung: Die Nummer 3 auf diesen beiden Ebenen ist Deutschland – das wurde uns erst auf der Konferenz so richtig klar. Daran haben wir wohl einen Anteil.

Perle 5: Software-Plattformen krempeln die Parteien um

Gianroberto Casaleggio, neben Beppe Grillo einer der Gründer der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), hat die Open-Source-Software Rousseau entwickelt. Sein Sohn Davide führt seine Arbeit fort und präsentierte sie auf dem Global Forum. Rousseau ist das Open-Source-Betriebssystem der M5S und eine der wichtigen organisatorischen Stützpfeiler für den Erfolg der Bewegung. 150.000 Menschen, Mitglieder der M5S, sind registriert. Über diese Plattform wurden das Parteiprogramm entwickelt und die Kandidat*innen für die lokalen, regionalen und nationalen Wahlen gewählt – auch der heutige Vize-Regierungschef Italiens, Luigi Di Maio, wurde so nominiert. Zusätzlich können Aktionen, Treffen vor Ort, Spendensammlungen u.v.m. organisiert werden. Spannend ist die Möglichkeit, an Gesetzesvorschlägen der Parlamentarier auf allen Ebenen mitzuschreiben – echte partizipative Gesetzgebung! Diese Software ist den Onlinestrukturen der deutschen Parteien weit voraus.

Perle 6: Partizipative und direkte Demokratie klug verbinden: Citizens Initiative Review

Im Bundesstaat Oregon kommen jährlich zahlreiche Volksinitiativen zur Abstimmung. Manche waren kompliziert und Umfragen zeigten, dass zu viele Wählerinnen und Wähler nicht genau verstanden hatten, worüber sie abstimmen. Das war die Geburtsstunde des Citizens Initiative Review. Die Idee: 24 per Los gewählte Bürger*innen beschäftigen sich vier Tage lang mit den Inhalten einer Volksinitiative und formulieren dann auf einer Din A4-Seite ihre Position dazu. Diese wird in der Abstimmungsbroschüre abgedruckt. Diese Verbindung von Losverfahren und direkter Demokratie wäre auch für Deutschland eine echte Innovation.

Perle 7: „Direkte Demokratie ist gut für die Wirtschaft und macht Menschen glücklicher"

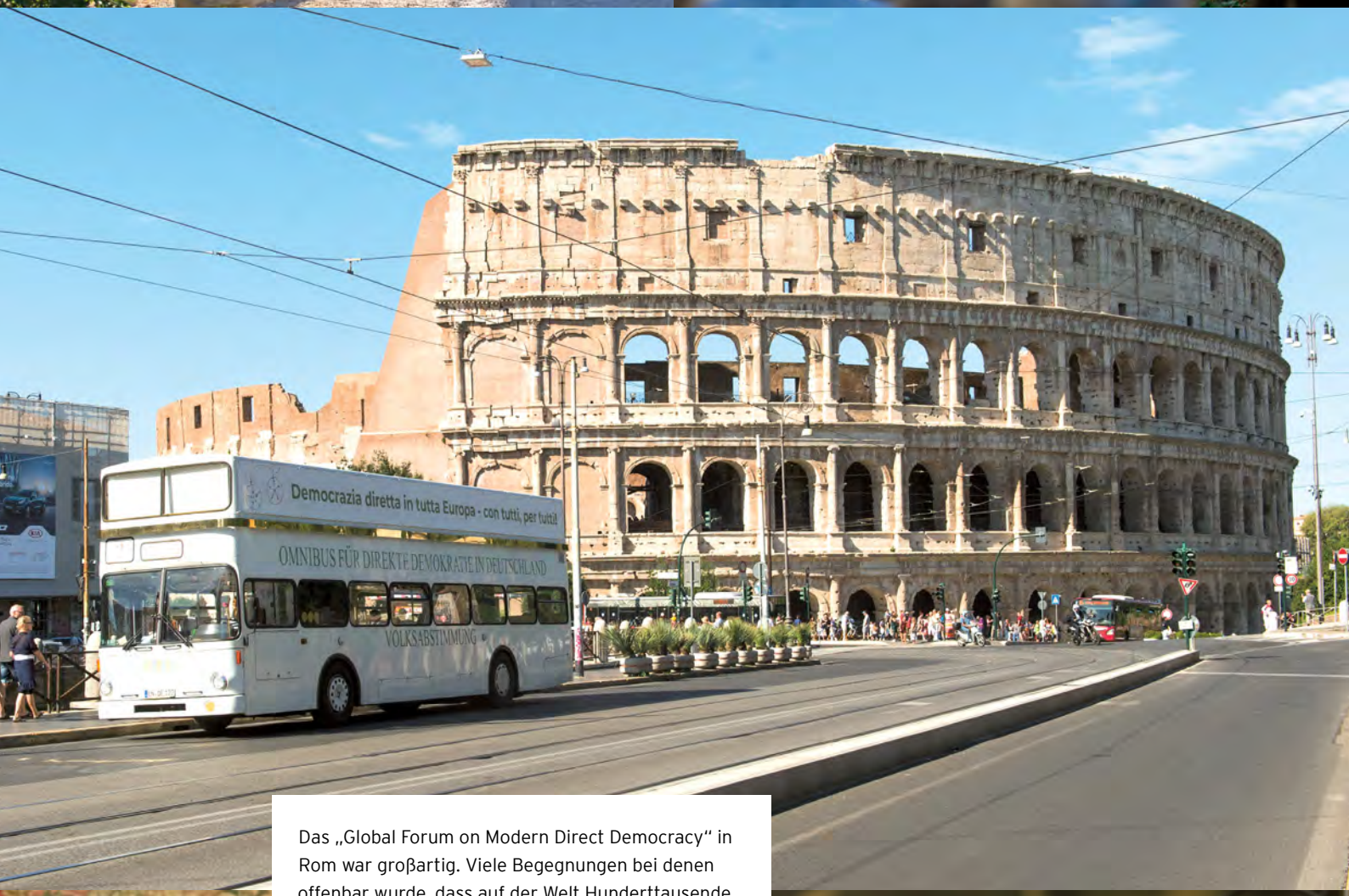
Prof. Dr. Bruno S. Frey hat jahrelang mit modernen ökonometrischen Methoden einerseits zu den wirtschaftlichen Effekten, andererseits aber auch zum subjektiv empfundenen Lebensglück geforscht. Seine Ergebnisse überzeugen. Im Vergleich zu eher repräsentativ organisierten Kantonen oder Bundesstaaten in den USA sind bei ausgebauter direkter Demokratie

- die Staatsausgaben pro Jahr um 7-11 Prozent niedriger,
- das Haushaltsdefizit um bis zu 30 Prozent niedriger,
- die Kosten (z.B für die Müllabfuhr) um bis zu 20 Prozent effizienter und
- die Produktivität und das Pro-Kopf-Einkommen um 5 Prozent höher.

Zusätzlich sind die Bürger*innen glücklicher, weil sie zufriedener sind mit dem politischen Prozess und den Ergebnissen der Politik, aber auch, weil sie sich selbst als wirksamen Teil des gesellschaftlichen Geschehens erleben.

Perle 8: Online-Voting wird sich durchsetzen

Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis Wahlen und Abstimmungen digital stattfinden werden. Ein Vertreter von Smartmatic, dem weltgrößten Anbieter von E-Voting-Software, berichtete aus Estland. Dort fanden seit 2005 neun nationale, bindende Wahlen statt. Bei der ersten Wahl nutzten zwei Prozent der Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit des E-Votings, bei der neunten Wahl schon ein Drittel. Beim E-Voting muss im Gegensatz zu allen anderen Internet-Applikationen Kontrolle über den Benutzer (Identifikation, Authentifizierung, etc.) und Anonymität (geheimes, freies Wahlrecht) gewährleistet werden. ►



Das „Global Forum on Modern Direct Democracy“ in Rom war großartig. Viele Begegnungen bei denen offenbar wurde, dass auf der Welt Hunderttausende von Menschen an einer Weiterentwicklung der Demokratie arbeiten. | Fotos: Jan Hagelstein

Kurz gesagt: Beim Online-Banking kann man jederzeit den Geldfluss nachverfolgen, beim E-Voting nicht, da die Stimme anonym abgegeben wird. Das heutige Papierwahl-System überzeugt und besticht mit seiner Einfachheit. Dennoch gibt es viele Gegenden in der Welt, in der Papierwahl-Systeme nicht perfekt funktionieren. E-Voting-Systeme können hier helfen. Wenn dadurch die Wahlbeteiligung erhöht wird, ist dies prima. Man darf nicht übersehen, dass E-Voting ansonsten keinen wirklichen demokratischen Mehrwert bringt.

Perle 9: Sezession per Referendum – ein Mittel, um gewalttätige Konflikte zu befrieden

Einen der spannendsten Workshops gab es zum Thema Sezession, auch weil Basken und Spanier anwesend waren. Zu diesem Thema gab es bei Mehr Demokratie in den vergangenen Jahren komplexe Diskussionen anlässlich der Abstimmungen in Schottland, Katalonien und dem Brexit.

Das Sezessionsrecht, also das Recht auf Selbstbestimmung, steht dem Recht auf staatliche Souveränität und Integrität entgegen. Die klassische Methode für die Legitimation von Austritten oder Abtrennungen sind Referenden. Unilaterale Sezessionen und selbsterklärter Austritt haben Folgeprobleme, es gibt kein absolutes Sezessionsrecht im Völkerrecht, es gibt auch kein verbindliches internationales Prozedere dafür. Oft können die Konflikte oder die Abspaltung selbst durch weitgehende Autonomierechte verhindert werden. Manchmal finden Sezessionen aber auch zu spät statt; im Fall von Ost-Timor, dem Südsudan oder dem Kosovo etwa hätten bei früherer Abspaltung viele Menschenleben gerettet werden können.

In jeder Verfassung weltweit sollten Regelungen für die Abtrennung von Teilstaaten und den Beitritt zu Staatengemeinschaften verankert werden.

Perle 10: „Fantastischer neuer Gesetzes-Vorschlag für direkte Demokratie in Italien"

Bislang gibt es in Italien auf nationaler Ebene vor allem das Referendum abrogativo, also ein aufhebendes Recht. Damit können Gesetze gänzlich oder teilweise aufgehoben werden. Ein solches Referendum wird durch die Unterschrift von 500.000 Bürger*innen eingeleitet und ist nur gültig, wenn sich 50 Prozent ALLER Wählerinnen und Wähler beteiligen. Dieses so genannte Beteiligungsquorum führt regelmäßig zum Aufruf von Abstimmungsboykotten und der Ungültigkeit von sagenhaften 40 Prozent der bisherigen 70 Referenden.

Minister Riccardo Fraccaro von der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), der weltweit erste Minister für direkte Demokratie, hat einen Vorschlag für ein Initiativrecht in Italien vorgestellt. Mit 500.000 Unterschriften soll eine verbindliche Abstimmung über ein Thema erzwungen werden können. Das Besondere daran ist: Es soll bei der Abstimmung am Ende kein Beteiligungs- oder Zustimmungsquorum mehr geben. Es zählt die Mehrheit der Stimmen, wie bei Wahlen. Das wäre DIE Innovation für Volksentscheide in Europa.

Die wesentliche Begründung von Minister Fraccaro für diesen Vorstoß lautete: „Die repräsentative Demokratie ist in einer globalen Krise, Eliten verlieren in einem unglaublichen Ausmaß an Vertrauen. Die Menschen können und wollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen und mitbestimmen. Eine Antwort darauf war in Italien die Gründung der Fünf-Sterne-Bewegung. Wir haben im Wahlkampf versprochen, den Bürger*innen den Schlüssel zu den Institutionen wieder zurückzugeben. Was wir im Wahlkampf versprochen haben, steht jetzt im Regierungsvertrag, diesen werden wir umsetzen." Zum Abschluss der Konferenz bestätigt dies Luigi Di Maio, der amtierende Vize-Regierungschef.

Die italienische Regierung wird in Deutschland fast ausnahmslos kritisch kommentiert, beide Parteien werden als populistisch oder extrem bezeichnet. Gerade die menschenfeindlichen Äußerungen von Innenminister Salvini von der Lega tragen dazu bei, verzerren vermutlich aber das Gesamtbild. Wir hatten den Eindruck, dass die 5-Sterne-Bewegung einen unvoreingenommenen Blick verdient. Unsere Kronzeugen hierbei sind unsere italienischen Freunde von Mehr Demokratie in Südtirol. Wir kennen uns seit Jahrzehnten und vertrauen einander. In langen Gesprächen mit ihnen waren wir oft überrascht über ihre Einordnung des politischen Geschehens. So wurde aus ihrer Sicht vor allem eine neoliberale Politik abgewählt. Zu erleben war, dass die 5-Sterne-Bewegung einen neuen Politikstil pflegt. Zu beobachten wird sein, was an Reformen tatsächlich umgesetzt wird.

Bemerkenswert wie gut die Tagung organisiert war, wie bereichernd, motivierend und inspirierend sie war. Dafür ist Bruno Kaufmann und Joe Mathews, den beiden Co-Präsidenten des Global Forum, und dem ganzen Team von Democracy International zu danken. /

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie

Roman Huber
Geschäftsführender Bundesvorstand
von Mehr Demokratie

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher
von Mehr Demokratie

Alexander Trennheuser
Bundesvorstand von Mehr Demokratie, Geschäftsführer von Mehr Demokratie NRW

DIE GELBWESTEN UND DIE DIREKTE DEMOKRATIE

Blitzlicht

VON **CHARLIE RUTZ**

Im Zuge der Proteste der Gelbwestenbewegung (Mouvement des Gilets jaunes) in Frankreich ist auch die politische Forderung nach echter, direktdemokratischer Mitbestimmung aufgekommen. Sie wurde bereits als konkreter Vorschlag zu Papier gebracht mit dem référendum d'initiative citoyenne (RIC), der Volksinitiative. Dieses Beteiligungsinstrument soll von den Bürger*innen „von unten" gestartet werden können und sie in die Lage versetzen, Gesetze vorzuschlagen und aufzuheben sowie die Verfassung zu ändern. Auch die Abwahl von politischen Amtsträger*innen ist vorgesehen.

Nach dem Vorschlag der Gelbwesten müsste eine Bürgerinitiative 700.000 gültige Unterschriften sammeln, um eine landesweite Volksabstimmung auszulösen. Aus verschiedenen politischen Lagern gab es bereits positive Signale zu dieser Idee – wenn auch vereinzelt mit Einschränkungen. So erklärte der französische Premierminister Édouard Philippe: „Das Referendum kann ein gutes Instrument in einer Demokratie sein, aber nicht zu jedem erdenklichen Thema und nur unter bestimmten Bedingungen."[1] Ob und inwieweit Politiker*innen wirklich bereit sind, sich auf die Forderungen der Gelbwesten einzulassen, ist schwer einzuschätzen. Sicher ist es auch ein Anliegen, mit Zugeständnissen erst einmal den Dampf aus dem Kessel der Proteste zu nehmen. Zudem gibt es in Frankreich keine Tradition der „von unten" angestoßenen direkten Demokratie – es gilt als Musterland für „von oben" ausgelöste Referenden. Die französische Verfassung sieht vor, dass es zu einem obligatorischen Referendum kommt, wenn eine parlamentarisch verabschiedete Verfassungsänderung oder ein Gesetzentwurf, der zur Ratifizierung eines Vertrages über den Beitritt eines Staates zur Europäischen Union ermächtigt, in beiden Parlamentskammern keine 3/5-Mehrheit erhält. Auch kann – seit 2015 – eine Volksabstimmung zu Gesetzen von 20 Prozent der Parlamentsmitglieder und zugleich von 10 Prozent der Wahlberechtigten beantragt werden (sogenannte „geteilte Initiative").

Foto: ev | Unsplash

Der Haken dabei: Es kommt nur dann zur Volksabstimmung, wenn sich das Parlament mit dem Gesetzentwurf nicht beschäftigt. Dieses Verfahren ist – nicht zuletzt aufgrund dieser Hürden – noch nicht angewendet worden. Zudem sieht die französische Verfassung Präsidialplebiszite vor, bei denen es ausschließlich in der Hand des Präsidenten liegt, eine Volksabstimmung herbeizuführen. In seinem 2013 veröffentlichten Buch „Direkte Demokratie. Spieler, Spielverläufe, Spielergebnisse“ (S. 38 ff.) weist der Schweizer Politikwissenschaftler Silvano Moeckli darauf hin, dass die napoleonischen Plebiszite des 19. Jahrhunderts Sachabstimmungen lange Zeit diskreditiert haben, da sie Einzelpersonen wie Napoleon Bonaparte „unter Umgehung aller institutionellen Vorkehrungen den Griff nach der totalen Macht“ ermöglichten. Seit Einführung der Verfassung der Fünften Republik (28.9.1958) wurde neun Mal vom Präsidialplebiszit Gebrauch gemacht. So ließ etwa François Mitterand im Jahr 1992 die Bevölkerung über die Ratifizierung des EU-Vertrages von Maastricht abstimmen.

Die Forderung der Gelbwesten nach mehr Bürgerbeteiligung speist sich wohl zu einem großen Teil aus dem historisch gewachsenen Misstrauen gegenüber der politischen Klasse. Die Protestierenden trauen ihr nicht zu, die gesellschaftspolitischen Probleme im Sinne der Bevölkerung zu lösen. Sie erhoffen sich, die eigenen politischen Ziele mittels des référendum d’initiative citoyenne besser umsetzen zu können. Ein fair ausgestaltetes Initiativrecht wäre für alle Bürger*innen ein Hebel, um neue Ideen und Themen auf die politische Agenda zu setzen, die bis dato im Parlament nicht zur Sprache kommen oder keine Mehrheit finden. Dann würde sich auch zeigen, ob die Forderungen der Gelbwesten in der Bevölkerung so populär sind, dass sie dafür die nötige Zustimmung erhalten. /

1 Quelle mit weiterführenden Informationen: https://www.swissinfo.ch/ger/politik/frankreich_-gelbwesten--traeumen-von-direkter-demokratie-nach-schweizer-vorbild/44628826

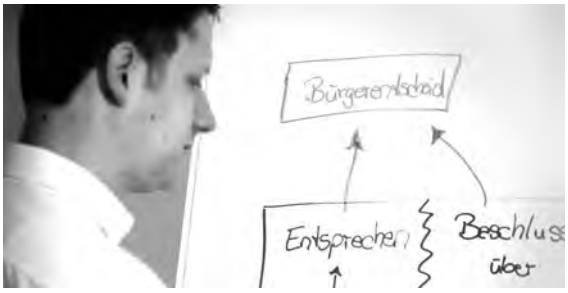
Charlie Rutz
Leitender Online-Redakteur von Mehr Demokratie und Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie Berlin/Brandenburg

Anzeige

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Erstellung und Durchführung | Eilverfahren und Klageverfahren

Beratung und Vertretung bundesweit | online-Beratung möglich



Hotstegs Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Mozartststr. 21 | 40479 Düsseldorf
Tel. 0211 / 497657-16 | Fax. 0211 / 497657-26
kanzlei@hotstegs-recht.de | www.hotstegs-recht.de

.Hotstegs
Rechtsanwaltsgesellschaft

EINE VIERTELMILLION ZUM JUBILÄUM

Ein großes Dankeschön an alle Jubiläumsspender*innen!

VON **KATRIN TOBER**

Im letzten Jahr hat Mehr Demokratie 30. Geburtstag gefeiert. Das Jubiläum hatte ein Spender zum Anlass genommen und bis zu 100.000 Euro bereitgestellt. Gedacht als Anreiz, damit auch andere Menschen spenden. Jede Spende sollte auf diese Weise verdoppelt werden.

Viele sind der Ermunterung durch die Verdoppelungsspende gefolgt. Es war großartig zu sehen, wie viele Menschen mit ihren Spenden den Grundstein zum Anstoß von weiteren Demokratie-Reformen gelegt haben.

Etwa 137.000 Euro an Jubiläumsspenden sind letztes Jahr in den Stiftungsfonds geflossen. Zusammen mit den 100.000 Euro des Spenders ein erfreulicher Zuwachs des Stiftungskapitals. /

Fotos: Public Domain Pictures | Pixabay (li) | Fotos: Jan Hagelstein (re)

HERZLICHEN DANK AN ALLE SPENDERINNEN UND SPENDER!

Weitere Spenden sind herzlich willkommen. Wir freuen uns, wenn Sie darüber nachdenken, den Stiftungsfonds zu unterstützen. Gemeinsam können wir die Weiterentwicklung der Demokratie fördern.

KONTAKT
Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf, wenn Sie Fragen haben oder weitere Informationen benötigen.

Mehr Demokratie e. V.
Katrin Tober
Tel.: 0421-79 46 370
katrin.tober@mehr-demokratie.de

GLS Treuhand
Christiane Altenkamp
Tel.: 0234-579 753 51
christiane.altenkamp@gls-treuhand.de

MEHR INFORMATIONEN
Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den Stiftungsfonds zu unterstützen. Gerne senden wir Ihnen unser Infoblatt zu den Optionen als pdf-Dokument zu (bestellbar bei Katrin Tober, Kontakt s. links).
www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html

BANKVERBINDUNG FÜR IHRE ZUWENDUNG
Für Zustiftungen und Spenden nutzen Sie bitte die Kontoverbindung des Stiftungsfonds:

Kontoinhaber
Dachstiftung für individuelles Schenken
IBAN: DE54 4306 0967 0103 7008 00
BIC: GENODEM1GLS
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum

Verwendungszweck
Stiftungsfonds MEHR DEMOKRATIE-Stiftung

La Luz

KORG
MAPEX

NEUES AUS DEN LANDESVERBÄNDEN

mit Terminen vor Ort

Baden-Württemberg

Der von Mehr Demokratie im Jahr 2018 initiierte Volksantrag „Mehr Demokratie in den Landkreisen“ steht vor einem politischen Erfolg. Ziel des Volksantrags war eine Landtagsdebatte zur Einführung direktdemokratischer Instrumente auf Landkreisebene. Den entsprechenden Gesetzentwurf hat nun die FDP-Fraktion in den Landtag eingebracht. Noch vor den Kommunalwahlen Ende Mai ist dazu mit einer Landtagsdebatte zu rechnen. Die Unterschriftensammlung für den Volksantrag konnte deshalb eingestellt werden.

Auch zeichnet sich das erste Volksbegehren der Landesgeschichte Baden-Württembergs ab. Der Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens „Gebührenfreie Kitas“ ging am 11. Februar mit 17.000 Unterschriften beim Innenministerium ein. Trägerin dieses Volksbegehrens ist die SPD. Der Landesverband von Mehr Demokratie stellte im November 2018 bei einer Landespressekonferenz eine erste Evaluation der Auswirkungen der Gemeindeordnungsreform des Jahres 2015 vor, die Bürgerbegehren erleichtert hatte. Insbesondere zum Kostendeckungsvorschlag bei Bürgerbegehren wurde weiterer Reformbedarf angemahnt.

Bayern

In Bayern hat das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ mit 18,4 Prozent Beteiligung ein Rekordergebnis eingefahren. Dennoch sind die Hürden zu hoch: 10 Prozent der Wahlberechtigten müssen sich innerhalb von zwei Wochen auf den Rathäusern eintragen. Dementsprechend hat sich auch dieses Mal wieder gezeigt, dass es ohne ein breites Bündnis mit ausreichenden finanziellen Ressourcen nicht geht. Daher wird sich der Landesverband weiterhin für die Senkung der Hürden und die Briefeintragung einsetzen. Zudem werden wir die Einführung des fakultativen Referendums für Bayern forcieren.
Zu den Europawahlen werden wir verschiedene Veranstaltungen initiieren und uns in Bündnissen beteiligen, die sich für ein demokratischeres Europa einsetzen. Dazu wird auch die „European Public Sphere“ nach Bayern kommen. Nähere Infos dazu finden Sie auf unserer Homepage: bayern.mehr-demokratie.de

Berlin

Zurzeit diskutiert das Abgeordnetenhaus über Reformen der direkten Demokratie auf Landesebene. Damit sollen dem Senat klare Fristen für die Kostenschätzung und Zulässigkeitsprüfung gesetzt werden, da es in der Vergangenheit immer wieder zu Verzögerungen kam. Außerdem sollen Volksentscheide mit Wahlen zusammengelegt werden, um die Beteiligung zu erhöhen. Die geplanten Reformen würden den Initiativen mehr Planungssicherheit verschaffen und die Erfolgsaussichten erhöhen. Zusätzlich wird auf Senatsebene die Einführung eines Transparenzgesetzes nach Hamburger Vorbild diskutiert. Mehr Demokratie lotet mit anderen zivilgesellschaftlichen Partnern zurzeit aus, ob dazu im Sommer ein Volksbegehren gestartet wird.

Niklas Weckerle hat zu Beginn des neuen Jahres die Nachfolge von Neelke Wagner angetreten und ist ab sofort für das mdmagazin und Social-Media verantwortlich.

Brandenburg

In Brandenburg wurde erneut eine Volksinitiative vom Landtag übernommen, dieses Mal zum Thema Straßenausbaubeiträge. Von insgesamt 46 Volksinitiativen kam es bisher bei einem Drittel der Fälle zu einer Übernahme bzw. zu einem Kompromiss. Allerdings wurden einige davon nur unzureichend bis gar nicht umgesetzt. Wie in Bayern formiert sich zurzeit ein Bündnis, welches eine Volksinitiative zum Thema Artenvielfalt im Vorfeld der Landtagswahl durchführen will.

Bremen

Bremen entwickelt sich zwar nicht unbedingt zur Hauptstadt der direkten Demokratie, dennoch ist nach einigen Jahren Flaute eine Menge los in der Stadt. Während unser Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen“ beendet ist, laufen drei andere Verfahren noch. Das Volksbegehren „Für mehr Personal in den Krankenhäusern“ setzt sich auf Landesebene für einen besseren Personalschlüssel in Krankenhäusern ein, damit Patienten besser betreut werden und die Situation des Personals sich verbessert. Im Dezember lagen bereits 11.000 Unterschriften für den Zulassungsantrag vor.

Ebenfalls auf Landesebene setzt sich eine Initiative dafür ein, dass im Bereich der Bremer Innenstadt 136 Platanen vor der Abholzung geschützt werden, die Deichbaumaßnahmen zum Oper fallen sollen. Die Unterschriftensammlung für den Zulassungsantrag zum Volksbegehren läuft noch.

Eine dritte Initiative setzt sich für den Erhalt des Galopprennbahngeländes als öffentliche Grünfläche ein. Die Stadt plant hingegen, das Gelände zu bebauen. Das Volksbegehren war erfolgreich. Die Stadtbürgerschaft hat am 21. Februar den Weg dafür frei gemacht, den nun erforderlichen Volksentscheid zusammen mit den Wahlen am 26. Mai stattfinden zu lassen. Das wäre dann der erste Volkentscheid in Bremen aufgrund eines Volksbegehrens!

In Bremen finden regelmäßige Aktiventreffen im Bremer Büro statt. Termine gibt es auf der Internetseite des Landesverbandes oder im Bremer Büro. Das nächste Landestreffen findet im Herbst 2019 in Bremen statt, nähere Infos dazu gibt‘s im nächsten Magazin.

Hessen

Das letzte Jahr stand im Zeichen der Verfassungsreform, bei der unter anderem die direkte Demokratie auf Landesebene durch ein obligatorisches Verfassungsreferendum reformiert wurde. Dem war ein gut zweijähriger Diskussionsprozess im Rahmen eines Verfassungskonvents unter Miteinbeziehung von MD Hessen als Bestandteil der Repräsentanz zivilgesellschaftlicher Interessen vorausgegangen.
Im Vorfeld haben wir mit einer Spiegeltour durch Wiesbaden, Marburg, Gießen und Kassel über die Reform informiert und mit den jeweiligen Direktkandidat*innen diskutiert.

Dieses Jahr wollen wir weiter Druck machen, denn die Reform der direkten Demokratie war nur ein erster Schritt, auf den, gerade auch im Zuge einer nun erwarteten Reform auf einfachgesetzlicher Ebene, weitere folgen müssen. Nicht nur auf Landesebene, sondern auch in den Kommunen.

Wer in einer unserer beiden Regionalgruppen in Frankfurt oder Kassel aktiv werden möchte, kann sich gerne bei uns melden: vorstand@md-hessen.de

Niedersachsen

In Niedersachsen zeichnet sich ab, dass die Reformen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden Wirkung zeigen, die seit 2016 gelten. So gab es 2019 das erste Mal seit langem einen Bürgerentscheid auf Landkreisebene. In Osnabrück wird im Mai wohl ein Bürgerentscheid über die Wiedererrichtung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft stattfinden. Das wäre der erste Bürgerentscheid in einer niedersächsischen Großstadt seit 1998. Ob der Bürgerentscheid stattfindet oder ob der Stadtrat das Anliegen des Bürgerbegehrens übernimmt, entscheidet sich am 12. März (nach Redaktionsschluss).

Beiden Bürgerbegehren hat geholfen, dass kein Kostendeckungsvorschlag mehr nötig ist und dass die Unterschriftenhürde für Landkreise und Großstädte gesenkt wurde. Das war ein Erfolg unserer jahrelangen Arbeit. Für uns ist das Ansporn, weiter hartnäckig dranzubleiben, um weitere Reformen durchzusetzen. Dass diese immer noch nötig sind, zeigen auch die Zahlen: Nur 16 Bürgerbegehren und fünf Bürgerentscheide gab es 2018.

Nordrhein-Westfalen

Möglichst geräuschlos wollte die Schwarz-Gelbe Regierungskoalition um Ministerpräsident Armin Laschet die Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen abschaffen. Der Landesverband hat dagegen ein breites Bündnis aus Initiativen und Parteien geschmiedet und einen Aufruf zum Erhalt der Stichwahl gestartet. Dem Bündnis gehören neben SPD und Grünen auch die Linken, die Piratenpartei und die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) an. Mehr als 13.000 Bürger*innen haben den Aufruf „Stichwahl bleibt!“ bereits unterzeichnet. Die Unterschriften sollen im Frühjahr an die Landesregierung übergeben werden. Weitere Informationen unter www.stichwahl.nrw.

Achim Wölfel hat zu Beginn des neuen Jahres die Nachfolge von Thorsten Sterk in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit angetreten.

Schleswig-Holstein

In Neumünster hat sich auf Betreiben der vor zwei Jahren gegründeten Attac-Gruppe in Verbindung mit Mehr Demokratie Schleswig-Holstein die „Initiative Demokratieerweiterung“ gebildet.

Mittelfristig wird hier ein für zwei Jahre ausgeloster Bürgerrat aus 25 demographisch repräsentativ zusammengesetzten Wohnbürger*innen ab dem 14. Lebensjahr angestrebt. Es soll die Verhältnisse in der Bevölkerung hinsichtlich Geschlecht, Alter, gesellschaftlicher Stellung und Migrationsanteil in etwa widerspiegeln. Der Bürgerrat soll Angelegenheiten aus der Basis aber auch Ansinnen aus der Lokalpolitik und -verwaltung aufgreifen und grundsätzlich unabhängig in der Themensetzung sein. Um das hieraus resultierende Bürgergutachten zu institutionalisieren, bedarf es unter anderem einer Mehrheit in der Ratsversammlung.

Aktuell geht es um das dem Bürgerrat vorgeschaltete Pilotprojekt einer Planungszelle, die vier Tage lang unter professioneller Moderation über das Thema Demokratiererweiterung und Bürgerteilhabe beraten soll. Dabei hoffen die Initiator*innen auf einen breiten Konsens für einen Bürgerrat, dem Neumünster damit einen großen Schritt näher gerückt wäre.

Thüringen

Am 26. Mai sind in Thüringen Gemeinderatswahlen. Mit einer Resolution hat die Mitgliederversammlung Ende Januar die Praxis von Scheinkandidaturen als Wählertäuschung kritisiert. Dass Bürgermeister und Landräte für Gemeinderäte und Kreistage kandidieren, aber vorher schon wissen, dass sie die Wahl nicht annehmen werden, geht am Auftrag der Parteien vorbei: Sie sollen an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, also die Bürger*innen befähigen, bewusste und kluge Wahlentscheidungen zu fällen. Zudem sorgen Scheinkandidaturen für Verzerrungen bei der Sitzverteilung. Die rot-rot-grüne Regierung hat es versäumt, Scheinkandidaturen gesetzlich zu unterbinden. Damit stellt Mehr Demokratie der Regierung eine enttäuschende Bilanz in Sachen Wahlrechtsreformen aus. Der Landtag wird nun aufgefordert, die Auswirkungen von Scheinkandidaturen nach der Kommunalwahl auszuwerten, um danach eine gesetzliche Initiative zur Untersagung von Scheinkandidaturen zu starten. /

KOMMUNEN ALS LABORE FÜR EIN MODERNES WAHLRECHT

VON **RALF-UWE BECK**

Die Vorschläge für Wahlrechtsreformen – auch die von Mehr Demokratie – stapeln sich: in den Schubladen der Fraktionen bei Landtagen und im Bundestag. Sie werden vorrangig danach beurteilt, ob sie der eigenen Partei Zugewinne versprechen und dann meist ad acta gelegt. Könnten aber auf kommunaler Ebene Instrumente eines modernen Wahlrechts ausprobiert werden, ließen sich Vorbehalte und Ängste abbauen und so die Türen öffnen für Wahlrechtsreformen auf Landes- oder Bundesebene.

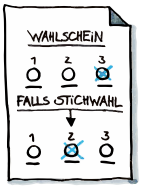
Diese Idee, Kommunen zu Laboren für ein modernes Wahlrecht zu machen, hatte Hermann Heußner, Professor an der Hochschule Osnabrück, der sie zusammen mit Arne Pautsch, Professor an der Hochschule Ludwigsburg ausgearbeitet hat – beide Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie. „Die mangelhafte Wahlbeteiligung gefährdet die Demokratie und den Sozialstaat. Es ist Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft, dies zu problematisieren und schließlich das Wahlrecht so zu stärken, dass die Menschen auch wählen gehen“, meint Heußner. Nun haben die beiden Professoren den Vorschlag in einen Gesetzentwurf für Thüringen gegossen und diesen gemeinsam mit Mehr Demokratie im Landtag präsentiert. Schon der Name hat den Hauch des Visionären: „Thüringer Gesetz zur Erprobung wahlbeteiligungssteigernder Wahlrechtsreformen – Wahlrechtsreformerprobungsgesetz – WahlRRefErprobG“. Der Thüringer Landesverband hatte sich immer wieder mit Vorschlägen für Wahlrechtsreformen vorgewagt, war bei den Parteien aber nicht gelandet – bis sich die rot-rot-grüne Regierung in ihrem Koalitionsvertrag von 2014 vorgenommen hatte, „für die Weiterentwicklung des Wahlrechts und der direkten Demokratie […] Vorschläge des Vereins Mehr Demokratie e.V. in die Diskussion“ aufzunehmen. Diskutiert wurde, aber kaum mit Reformwillen. Nicht ein einziger Punkt aus dem Forderungskatalog von Mehr Demokratie wurde aufgegriffen. (Um hier nicht pauschal den Stab zu brechen: Für die direkte Demokratie hat sich die Regierung ins Zeug gelegt.) Der Gesetzentwurf nun zielt darauf ab, das Kommunalwahlrecht um eine Experimentierklausel zu erweitern. Bei Kommunalwahlen könnten damit Instrumente ausprobiert werden, mit denen das Wahlrecht modernisiert werden kann. „Die Kommunen bieten sich als Experimentierfeld an. Sie sollen selbst und freiwillig bestimmen können, ob und welche Instrumente sie ausprobieren wollen“, formuliert Pautsch den Ansatz.

Der Spielraum, die Demokratie lebendiger zu gestalten, würde sich damit für die Kommunen erweitern und sie selbst würden zum Spielmacher der Demokratieentwicklung. Positiv reagiert haben die Fraktionen der LINKEN und GRÜNEN, skeptisch die SPD-Fraktion, gar nicht die Fraktion der CDU. In Thüringen stehen Landtagswahlen an. Mit dem Gesetzentwurf hat Mehr Demokratie eine Flagge gehisst, die auch im Wahlkampf wehen wird. /

Foto: Geralt | Pixabay (li), Zeichnungen von Sibylle Reichel (re)

Sieben Instrumente sollen den Kommunen angeboten werden:

1 **Absenkung des Wahlalters**: Ermöglichung der Absenkung bis auf 14 Jahre, gekoppelt an ein Jugendwahlregister, in das sich Jugendliche freiwillig eintragen können; nur diese sind wahlberechtigt.



2 **Integrierte Stichwahl**: Damit kann bei Bürgermeister- und Landratswahlen auf einen möglicherweise zweiten Wahlgang verzichtet werden. Die Stichwahl wird in den ersten Wahlgang integriert.

3 **Die Protestimme** ermöglicht es, Protest auszudrücken, ohne von der Wahl fernbleiben, eine sogenannte „Protestpartei“ wählen oder den Stimmzettel ungültig machen zu müssen. Es besteht die Möglichkeit, zwischen mehreren Formen des Protests bzw. der Stimmenthaltung zu wählen. Die Proteststimmen haben keinen Einfluss auf den Wahlausgang, werden aber ausgewiesen und können so zum Signal an die Gesellschaft werden. Der Differenzierungsvorschlag:

- Ich lehne alle Bewerber*innen ab
- Ich lehne alle von den Bewerber*innen vertretenen politischen Programme ab
- Ich enthalte mich der Stimme

4 **Offizielle Informationen** über Bewerber*innen an alle Wahlberechtigten: Ein Wahlheft bietet alle Informationen zur Wahl und den antretenden Parteien und Kandidierenden – ähnlich der Abstimmungsbroschüre bei Bürger- und Volksentscheiden.

5 **Obligatorische Zustellung** der Briefwahlunterlagen: Alle Wählenden erhalten die Briefwahlunterlagen automatisch; die Beantragung entfällt.

6 **Zusätzliche Wahlorte**, Wahltermine und verlängerte Wahlzeiten: Ausweisung weiterer Wahlorte und Ausweitung des Wahltermins.

7 **Wahlpflicht:** Umstrittenstes und wirksamstes Instrument zur Steigerung der Wahlbeteiligung; wirkt nur, wenn es mit Bußgeld bewehrt wird.

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher von
Mehr Demokratie

QUAL DER WAHL

Mit 4,5 Prozent wurde das Unterschriftenquorum in Bremen knapp verfehlt. Das Volksbegehren zeigt aber, dass sich auch komplizierte Themen für direkte Demokratie eignen können.

VON **TIM WEBER**

Demokratie verbindet Menschen, mehr Demokratie verbindet die Menschen mehr

Ein sehr älterer Herr stützt sich auf seinen Rollator und winkt mich herbei, er möchte das Volksbegehren unterschreiben. Ich gehe zu ihm, hebe an zu erklären, indes bescheidet mir der Herr, dass er wisse, um was es gehe. Also händige ich ihm die Unterschriftenliste sowie einen Kugelschreiber aus. In schöner Schrift füllt er die Felder aus, Jahrgang 1921. Auf meine Frage, woher er das Volksbegehren kenne – wir standen noch am Anfang – antwortete er, das bekomme man doch mit, wenn man wach die Gesellschaft beobachte. Ich war beeindruckt!

Zwei Monate später im November, spricht mich eine junge Frau mit Kopftuch an, wofür ich sammle. Ich erkläre es ihr. Leider könne sie nicht unterschreiben, meint sie. Sie sei noch zu jung. Ich frage nach ihrem Alter. „16“, antwortet sie. Sie darf unterschreiben. Die junge Frau springt in die Höhe, wirft die Arme hoch und ruft „Ja“. Das Bild werde ich nicht vergessen. Demokratie verbindet Menschen. Denn egal welches Alter, Geschlecht, Religion oder sonst was: alle sind aufgefordert, sich eine Meinung zu bilden.

Es gibt auch die andere Seite. Viele Menschen gehen an einem vorbei, haben keine Zeit, halten uns für Werber, nehmen uns kaum wahr, fühlen sich belästigt. Für die Demokratie, gerade auch für das Wahlrecht, Unterschriften zu sammeln, ist auch eine Frustrationsübung.

Um was geht es

Im Lande Bremen gibt es seit 2006 ein Fünf-Stimmen-Wahlrecht. Die Wähler*innen haben fünf Stimmen, die sie beliebig auf Listen und Kandidat*innen verteilen dürfen. Eine Idee war es, dass sie mehr Einfluss darauf haben, wer ein Mandat erhält. Die Parteien stellen die Listen auf, die Wähler*innen wählen aus. Die Abgeordneten sollten in höherem Maße auf deren Stimmen als auf einen guten Listenplatz angewiesen sein.

2006 hatten über 70.000 Menschen in einem Volksbegehren für dieses Wahlrecht unterschrieben, das daraufhin vom Parlament beschlossen wurde und bei den Wahlen 2011 und 2015 Anwendung fand. Zwei Drittel der Wähler*innen nutzte die Möglichkeiten. Alles paletti könnte man meinen. Das von den Bürger*innen begehrte und vom Parlament beschlossene Gesetz wird genutzt. Das aber sahen Abgeordnete und Parteimitglieder anders.

Eine kleine Änderung mit großen Auswirkungen

Die Fraktionen SPD, Grüne, CDU und Linke änderten im Februar 2018 den Mechanismus, der festschreibt, welche Wählerstimmen zu Mandaten führen. Die Wählenden haben noch einen gewissen, jedoch reduzierten Einfluss, die von den Parteien aufgestellten Listen zu verändern. Statt 22 Kandidat*innen (26,5 Prozent) bei der Wahl 2015 werden voraussichtlich nur noch fünf bis acht Kandidat*innen (6 bis 9,6 Prozent) bei der Wahl 2019 von hinteren Plätzen gewählt werden.

Damit ist eine Grundidee des Wahlrechts, dass die Wählenden die Liste verändern können, quasi abgeschafft worden. Den Parteispitzen ging es zentral um die Frage, wer in welchem Maße die Liste verändern kann. Andere kritisierte Punkte wie z.B. die Höhe der ungültigen Stimmen oder das so genannte negative Stimmgewicht wurden nicht bearbeitet. Negatives Stimmge-

Viele Bürger*innen fanden sich auf dem Marktplatz vor dem Rathaus ein, um ihre Unterschrift zu geben. | Foto: Lilith Gauss

wicht? Bei einem Mischsystem von Listen- und Personenstimmen kann es Grenzfälle geben, bei denen Wählende den Kandidierenden schaden, indem sie sie und nicht die Liste wählen.

Volksbegehren löst die Probleme

Der von Mehr Demokratie vorgelegte Gesetzentwurf basierte auf einem Vorschlag des Landeswahlamtes. Die Listenstimmen sollten gleichmäßig auf die Kandidierenden verteilt, die Personenstimmen hinzugezählt werden. Die Kandidierenden mit den meisten Stimmen wären gewählt worden. Letztlich entscheiden die Personenstimmen, wer ein Mandat erhält. Dadurch taucht das Problem des negativen Stimmgewichts nicht mehr auf. Die Parteien würden dennoch Einfluss behalten, da sie die Listen aufstellen.

Zusätzlich wollten wir eine Heilungsregel einführen, wodurch etwas mehr als ein Prozentpunkt der ungültigen Stimmen geheilt worden wäre und die Möglichkeit einer Proteststimme.

Kompliziert, keine Frage

Das ist keine einfache Kost. Das erlebten wir auch auf der Straße. Häufig sammelten wir vier bis sechs Unterschriften die Stunde, konnten den Menschen aber dennoch, die unterschiedlichen Auswirkungen der verschiedenen Zuteilungsmechanismen erklären. Viele unterschrieben nicht gleich, sondern nahmen ein Flugblatt mit. Es gab auch den Fall, dass Menschen die vorgenommenen Änderungen begrüßten, unseren Vorschlag zu weitgehend fanden. Wiederum andere teilten diese Ansicht, unterschrieben aber, da sie eine Entscheidung durch die Bürger*innen als richtig ansahen.

Das Volksbegehren lief vom 13. August bis 13. November. Bis Ende September hatten wir 6.000 Unterschriften. Die durchschnittlich gesammelten Unterschriften pro Stunde sanken deutlich. Möglicherweise verfing ein offener Brief der SPD-Vorsitzenden, der vor dem Volksbegehren warnte. Der Zeitgeist scheint nach Ereignissen wie Brexit, Trumpwahl, Chemnitz und Jair Bolsonaro verschlossener gegenüber der Forderung nach mehr Demokratie zu sein. Nicht wenige rangen mit der Frage, ob sie unterschreiben sollten.

Im Schlussspurt konnten wir noch einmal über 5.500 Unterschriften in vier Tagen sammeln und reichten 26.355 Unterschriften ein. Dies entsprach 5,4 Prozent der Stimmberechtigten. Nur reichte das nicht. Es wurden 21.880 als gültig anerkannt, was 4,5 Prozent der Stimmberechtigten entspricht. In Bremerhaven sammelten wir 1.790 Unterschriften (2,8 Prozent).

Trotz dieser für uns bedauerlichen Niederlage wurde eine gesellschaftliche Diskussion erreicht. Die im Parlament beschlossene Frage wurde auf die Straße geholt. Deutlich mehr Menschen beschäftigen sich mit der Frage und bildeten sich eine Meinung. /

Tim Weber
Geschäftsführer von
Mehr Demokratie

DIE ZUSPITZUNG DER DEMOKRATIE AUF DAS ICH

Johannes Stüttgen erläutert, wie die parlamentarische Demokratie sinnvoll ergänzt werden sollte und welche Rolle die Bienen dabei spielen.

FRAGEN: **ANDREA ADAMOPOULOS**

Es heißt, die Demokratie durchlebe eine schwere Zeit, die Demokratie gehe unter. Gleichzeitig gibt es eine Menge an Projekten und Initiativen, wo Menschen sich direktdemokratisch in die Gestaltung ihres Umfeldes einbringen. Wie würdest du das Verhältnis von derjenigen Demokratie, die in Gefahr zu sein scheint, von diesen unzähligen demokratischen Initiativen, wie zum Beispiel aktuell dem Bienenvolksbegehren in Bayern beschreiben?

Die vielfach vernommene Angst, dass die Demokratie den Bach runter geht, beschreibt die Situation unseres Parteienwesens. Man merkt, dass bei uns in Deutschland die althergebrachten Muster des Parlamentarismus offenbar nicht mehr funktionieren. Die eingespielten Rituale zwischen Regierung und Opposition, die vorhersehbare Arbeitsweise von Ausschüssen und Unterausschüssen, der Lobbyismus, das sind Umstände, die von einigen Zeitgenoss*innen innerlich nicht mehr getragen werden. Die von dir erwähnten Initiativen, ich nenne sie hier mal Graswurzelbewegungen, haben in meinen Augen deshalb eine so enorme Kraft, weil sie meistens aus einer unmittelbaren Motivation heraus entstehen. Was ich dabei interessant finde ist, diesen Gesichtspunkt in Kontrast zur parlamentarischen Form zu betrachten. Die Demokratie ist ein Lebewesen und dieses Lebewesen ist wirksam. Es ist aber nicht identisch mit den Formen, die dieses Lebewesen in bestimmten Epochen annimmt und die gewissermaßen Stadien der Entwicklung darstellen. Die Demokratie ist von ihrem Ursprung an eigentlich die Kraft, die Herrschaft abbauen will. Herrschaft bedeutete früher Gottesherrschaft, später dann Ersatz-Gottesherrschaft. In der Moderne ist es der Staat. Das alles sind Etappen, die ihre Zeit haben, aber nur dann verstanden werden können, wenn unabhängig davon auch die Demokratie als lebendiges Wesen verstanden und jede Etappe als notwendig und sinnvoll anerkannt wird. Ich bin davon überzeugt, dass die Krise, in der wir uns zur Zeit befinden, nicht einfach die Krise der parlamentarischen Demokratie ist, sondern die Krise, die entsteht, wenn ein neuer Schritt notwendig wird und man an Altem dogmatisch festhält, welches schon längst nicht mehr lebendig ist.

Willst du sagen, dass die parlamentarische Demokratie abgelöst werden sollte?

Nicht unbedingt! Sie muss bereichert werden, ergänzt werden, durch einen nächsten Schritt. Ob sie deswegen schon abgelöst wird, möchte ich offen lassen. Möglicherweise wird sie irgendwann abgelöst. Das muss aber nicht unbedingt schon die nächste Phase sein. Wichtig ist, dass die nächste Phase etwas ganz Neues mit ins Spiel bringen muss und kann. Die direkte Demokratie ist nicht unbedingt die Ablösung der parlamentarischen Demokratie aber sie ist ein notwendiger Schritt, der jetzt in der Zeit liegt. Die Zeit bestimmt, dass jetzt die Sache auf den Punkt, auf die direkte Verbindung des einzelnen Menschen-Ichs mit der Rechtsentscheidung gebracht werden muss. Wenn das versäumt wird, dann ist die parlamentarische Demokratie am Ende.

Im ersten Omnibus für Direkte Demokratie leben inzwischen sieben Bienenvölker. | Foto: Michael von der Lohe

Du meinst, der nächste notwendige Schritt besteht darin, dass die parlamentarische Demokratie durch die direkte Demokratie ergänzt wird?
Ja, als nächster notwendiger Schritt, das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Denn ergänzen könnte ja auch heißen, dass es immer schon hätte ergänzt werden müssen, weil es unvollständig war. Das wäre aber hier ein Missverständnis. Wenn du die Entwicklungsidee mit hineinbringst – „als nächster notwendiger Schritt" – den Zeitfaktor, den Lebensfaktor mit einbaust, dann ist der Begriff der Ergänzung richtig. Dann sagt er, dieser Schritt ist jetzt absolut notwendig, denn wenn er jetzt nicht erfolgt, dann wird alles das, was vorher funktioniert hat, beschädigt, weil jetzt eine Lücke entsteht.

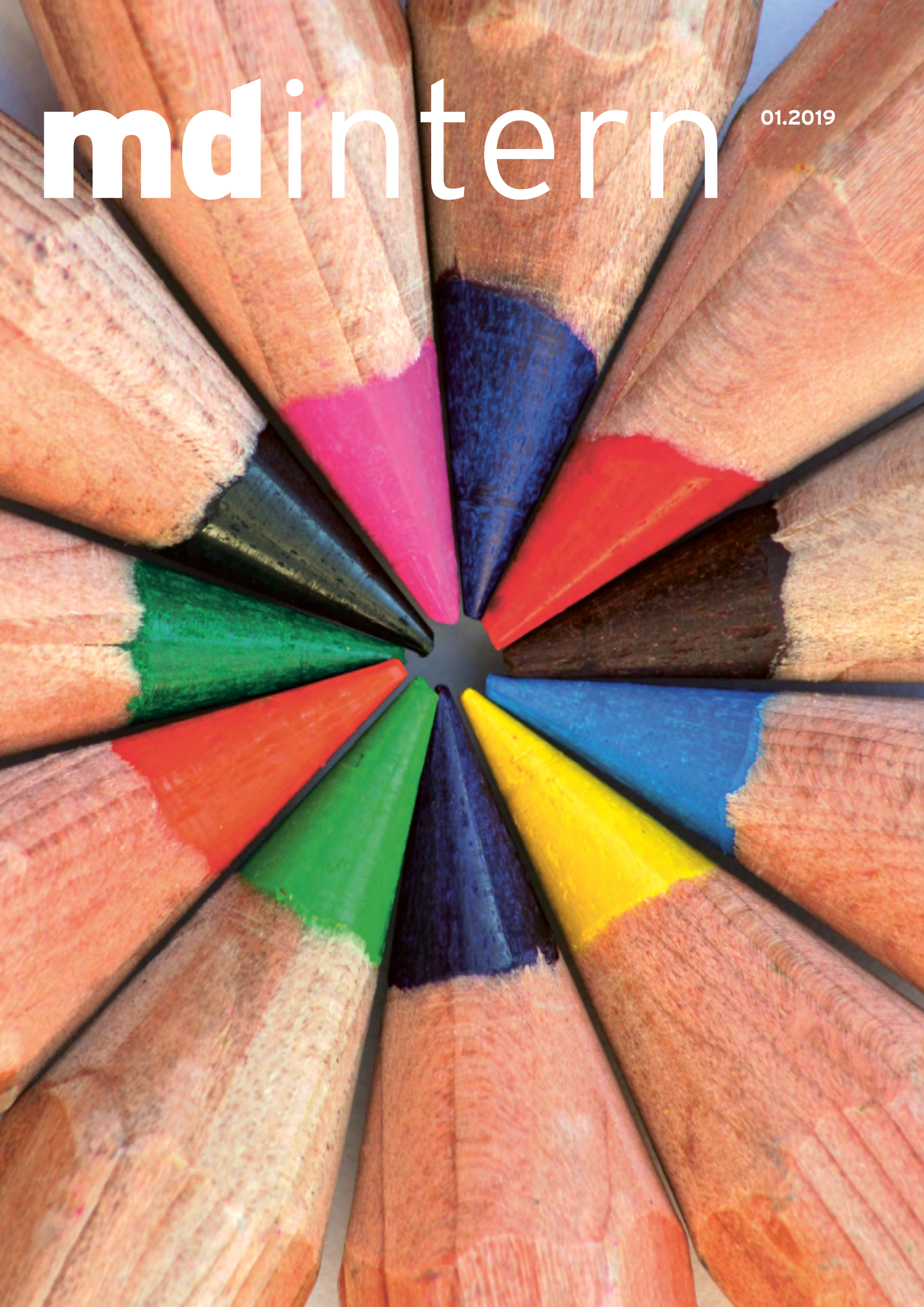
Wenn man sich das sehr erfolgreiche Volksbegehren in Bayern anschaut, könnte man dann sogar so weit gehen, zu sagen, dass die direkte Demokratie die parlamentarische Demokratie nicht nur ergänzen, sondern vielleicht sogar retten könnte?
Ja, soweit könnte man gehen. Solange man die parlamentarische Demokratie noch braucht, muss sie gerettet werden. In meinen Augen kann sie nur durch dieses immer stärker auftretende Element der direkten Demokratie gerettet werden. Das Interessante an dem Bayern-Volksbegehren ist, dass die Protagonist*innen nicht von der Demokratie ausgegangen sind. Sie wollten – etwas vereinfacht gesagt – die Bienen retten. Daraus entwickelt sich von innen heraus das Bedürfnis nach Demokratie, weil man davon ausgeht, mit dieser Auffassung nicht alleine auf der Welt zu sein. Wenn dann viele Menschen die Frage, wie es besser werden kann, zu ihrer eigenen Frage machen, entstehen ganz neue Perspektiven, die sich ein Einzelner nicht ausdenken kann.

Ja, das ist interessant. Das Verhältnis des einzelnen Ich zu den Vielen in der Demokratie..
Die eigentliche Freude oder Wärme kommt erst dann auf, wenn man den Begriff der Demokratie in eine große Offenheit hinein denkt. Je mehr Menschen an den Entscheidungen beteiligt sind, desto mehr wird das Prinzip der Arbeitsteiligkeit erfüllt, desto mehr entsteht eine Vollständigkeit, die in der Entwicklung der Menschheit liegt. Jeder Mensch ist ein Spezialfall, der auch etwas Spezielles weiß, was kein anderer weiß und gerade durch diese Spezialisierung entsteht ganz von selbst die Möglichkeit eines Zusammenwirkens, ein Unternehmen Menschheit, aus dem ganz neue Formen erwachsen, die wir heute noch nicht denken können. So wird Demokratie für mich zu einem Wärmeerlebnis. Ohne diese Perspektive ist Demokratie unbeweglich. /

Johannes Stüttgen
Mitinitiator des OMNIBUS für Direkte Demokratie

mdintern

01.2019



MD-FORUM ÜBERS QUORUM!

VON **AK DIGITALISIERUNG UND DEMOKRATIE**

Die Mitgliederversammlung beauftragte im April 2018 den Bundesvorstand, ein vereinsinternes Online-Diskussionsforum einzurichten, in dem Vereinsmitglieder auf eigene Initiative Diskussionen starten und frei debattieren können. Aktive vom Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie haben ein Forum erstellt, das seit Herbst ihre Arbeit bereichert. Dieses soll laut Beschluss des Vorstands weiter zum Mitgliederforum ausgebaut werden. Aktuell werden weitere Gruppen aufgenommen, z.B. Arbeitskreise, Landesverbände und Aktionsgruppen – bis wir ein gewisses Quorum – also eine gewisse Zahl an Aktiven im Forum – überspringen. Dann können wir alle Mitglieder gut vorbereitet in angenehmer Atmosphäre im Forum willkommen heißen. Denn: „Das Gespräch ist die Seele der Demokratie“ – Seid Ihr/ sind Sie dabei?

Daniel Wittig, Bremen, Foren-Administrator
„Seit wir das Forum für den AK Digitalisierung nutzen, ist mein Emailpostfach ein gutes Stück leichter aufzuräumen. Kommen doch Mails, weil das Forum mich ‚länger nicht gesehen‘ hat, dann nur zu Themen, für die ich eine Einladung bekommen oder die ich selbst gewählt habe. Die Daten liegen in Frankfurt, vom Verein administriert in einer Open Source Software (Discourse). Das Forum ist für mich ein neues Medium zum gepflegten, zeit- und ortsunabhängigen Austausch. Mit frischer Optik, Umfragen und Wikis. Und wenn mir ein Thema zu viel wird? Einfach abbestellen! Wer sonst noch in der Gruppe ist? Einfach nachschauen. Wer lesen kann, was ich schreibe? Nur die Mitglieder der Gruppe. Das Wichtigste ist uns eine höfliche, sachliche, proaktive Diskussionskultur: Jede Gruppe soll eine eigene Moderation haben. Und wenn ich nur per Email teilnehmen will? Geht auch. Und wo geht‘s zur Anmeldung? Siehe unten!“

Alexandra Arweiler, Bonn ‚Moderatorin der Foren-Gruppe AK Digitalisierung und Demokratie
„Durch das Forum werden mehr AK-Mitglieder aktiv. Sie können leichter Vorschläge einbringen, Initiativen starten und sich auch mal intensiv über Themen austauschen. Aber man kann auch nur kleine Anmerkungen schreiben oder Fragen stellen, ohne dass diese gleich an die ganze Mailingliste verschickt werden. Wir haben eine sehr angenehme Atmosphäre und einen regen Austausch dort.“

Bruno Wipfler, Stuttgart, Foren-Tester für den AK Digitalisierung und Demokratie
„Mir gefällt, dass wir uns über verschiedene Themen gleichzeitig strukturiert austauschen können und dass man die Beiträge auch später noch übersichtlich finden kann. So bleiben interessante Informationen, Links und Material für die Gruppe erhalten und man kann gleich sehen, was dazu schon besprochen wurde. Man kann die Beiträge dann lesen und beantworten, wenn man Zeit hat. Auch neue AK-Mitglieder können sich nachträglich informieren und in den AK einbringen.“

Markus Möller, Volkmarsen, Initiator der Arbeitsgruppe Demokratie-Wiki
„Im Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie gibt es verschiedene Projekt- und Arbeitsgruppen. Ohne Forum müssten wir hierfür eine Reihe verschiedener E-Mail-Verteiler anlegen. Wer nicht im entsprechenden Verteiler wäre, würde von der Arbeit der einzelnen Gruppen weniger mitbekommen. Im Forum können wir über unsere Vorhaben berichten, uns Anregungen von allen AK-Mitgliedern einholen, neue Mitstreiter*innen gewinnen, in der (Next-) Cloud Medien einstellen und gemeinsam an Texten arbeiten. Genauso stelle ich mir das für alle Gruppen im Verein vor. Das Forum ist Schaufenster, Treffpunkt, ein Raum für Gespräche und gemeinsame Arbeit in unserem Verein.“

Dazu optional für AKs: MD-Cloud-Konten mit Dateiverwaltung, Online-TextEditor und Kalendern.

Kann ich mir das mal anschauen?
- Ja! Einfach mailen an: daniel.wittig@mehr-demokratie.de
- Herzlich Willkommen!

NACHRUF

Mehr Demokratie nimmt Abschied von seinem Kuratoriumsmitglied Professor Andreas Auer, der am 7. Dezember 2018 in Genf verstorben ist.

VON **ALEXANDER TRENNHEUSER**

Mit Andreas Auer verliert der Diskurs über die Demokratie und die direkte Demokratie einen klugen und engagierten Geist.

Der aus Graubünden stammende Staatsrechtler war ab 1980 Professor für Staatsrecht an der Universität Genf. 2008 wechselte er als Professor für Öffentliches Recht an die Universität Zürich, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2013 tätig war.

In diesem Zusammenhang war er maßgeblich für die positive Entwicklung des Diskurses bezogen auf Demokratie und direkte Demokratie mitverantwortlich und trug zu einer Bewusstseinsschaffung innerhalb dieser Thematiken bei.

Im politischen Sinne war Andreas Auer mit seiner Rasa-Initiative („Raus aus der Sackgasse“) aktiv. Das Ziel lag darin, die Masseneinwanderungsinitiative der SVP rückgängig zu machen.

Andreas Auer hat sich in sehr vielen Organisationen und Einrichtungen aktiv für die demokratischen Grundrechte und für den sozialen Zusammenhalt engagiert, u.a. im Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA), das er als Direktor mit unermüdlichem Einsatz aufgebaut und auf den Weg gebracht hat.

Professor Auer engagierte sich in Diskussionen über Demokratieentwicklung in Europa und in weiten Teilen der Welt (Madagaskar, Mongolei, Mali, Senegal u.v.m.). Dafür sind ihm auch die Mitglieder von Mehr Demokratie zu tiefem Dank verpflichtet und werden ihn in guter Erinnerung behalten.

EINLADUNG ZUR BUNDESMITGLIEDER-VERSAMMLUNG

Liebe Mitglieder,

die nächste Bundesmitgliederversammlung findet am 18. und 19. Mai 2019 in Köln statt. Dazu laden wir Sie herzlich ein. Tagungsort ist die Jugendherberge Köln Deutz, Siegesstraße 5, 50670 Köln.

Inhalte

Zum ersten Mal werden wir den Samstag der Bundesmitgliederversammlung als Barcamp organisieren. Das heißt: Das Publikum bestimmt das Programm. Ein Barcamp ist eine Tagung mit offenen Workshops, deren Inhalte und Ablauf von den Teilnehmern*innen zu Beginn der Tagung selbst entwickelt und im weiteren Verlauf gestaltet werden. Jede Frage aus dem Themenkreis „Demokratie“ kann zum Thema eines Workshops gemacht werden. Jede*r kann einen Workshop zu einer Frage vorbereiten, die gerade unter den Nägeln brennt. Sie hören nicht nur zu, sondern gestalten aktiv mit. Einige spannende Themenvorschläge haben uns schon erreicht. Wir freuen uns auch weiterhin über Ihre Anregungen unter barcamp@mehr-demokratie.de.

Auch am Sonntag ist volles Programm. Wir haben noch viel vor 2019. Die Europawahl steht vor der Tür und wir werden mit Veranstaltungen und Aktionen zum Thema mehr Demokratie in Europa unterwegs sein. Unser Projekt „Bürgerrat Demokratie“ steht in den Startlöchern. Und auch beim Widerstand gegen die Handelsabkommen gibt es einige Neuigkeiten. Wir freuen uns, wenn Sie nach Köln kommen und die Veranstaltung mitgestalten!

Anträge

Bis zum 25. April 2019 haben Sie die Möglichkeit, noch Anträge zu den Themen der veröffentlichten Tagesordnung zu stellen. Die Vorlage für einen Antrag an die Bundesmitgliederversammlung können Sie unter antrag@mehr-demokratie.de anfordern.

Anmeldung, Unterbringung und Kosten .

Bitte melden Sie sich am besten online unter https://www.mehr-demokratie.de/mv-anmeldung oder telefonisch unter 07957-9239050 an. Wir haben ein Kontingent an Zimmern in der Jugendherberge Köln-Deutz gebucht (Einzelzimmer, 56,90 Euro pro Person und Doppelzimmer, 40,90 pro Person). Die Verpflegung ist für Sie kostenfrei. Wegen der begrenzten Zimmerzahl freuen wir uns, wenn Sie bereit sind, sich mit einer weiteren teilnehmenden Person ein Doppelzimmer zu teilen.

Für die Anreise/Unterbringung kann VOR der Mitgliederversammlung ein Zuschuss von bis zu 75 Prozent beantragt werden. Die Anfrage richten Sie bitte an Alexander Trennheuser unter alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de.

TAGUNGSTERMIN UND ORT
Beginn: Sa, 18.05.2019, 12 Uhr
Ende: So, 19.05.2019, 16 Uhr
Jugendherberge Köln Deutz
Siegesstraße 5
50670 Köln

FAHRTKOSTEN
Für die Anreise/Unterbringung kann VOR der Mitgliederversammlung ein Zuschuss von bis zu 75 Prozent beantragt werden. Die Anfrage richten Sie bitte an Alexander Trennheuser unter alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de.

WEITERE, DIE THEMEN DER TAGESORDNUNG BETREFFENDE ANTRÄGE (MÖGLICH BIS 25. APRIL 2019):
Mehr Demokratie e.V.
Alexander Trennheuser
Gürzenichstraße 21 a-c
50667 Köln
Tel. 07957-9239050
Fax 07957-9249992
antrag@mehr-demokratie.de

Vorläufige Tagesordnung für die Bundesmitgliederversammlung

Samstag, 18.05.2019, ab 12.00 Uhr

1. Begrüßung
1.1 Formalia
1.2 Beschluss des Protokolls der letzten BMV
1.3 Vorstellung der Moderation und des Ablaufs

2. Vorstellung des Workshops und gemeinsame Planung des Ablaufs
2.1 Workshop-Phase I
2.2 Workshop-Phase II
2.3 Workshop-Phase III

3. Berichte
3.1 Berichte aus den Landesverbänden

Samstag Abend: Überraschungsparty

Sonntag, 19.05.2019, 9.00 bis 16.00 Uhr

3.2 Bericht des Bundesvorstands

4. Politisches
4.1 Bundesweiter Volksentscheid
4.2 Bürgerrat Demokratie
4.3 Widerstand gegen die Handelsverträge

5. Finanzen
5.1 Jahresabschluss 2018
5.2 Bericht des Rechnungsprüfers
5.3 Entlastung des Vorstandes
5.4 Finanzplanung 2019

6. Wahlen
6.1 Wahl der Mitglieder des Stiftungsbeirates

Foto: Glenn Carsten-Peters | Unsplash

7. Anträge

7.1 Antrag des Bundesvorstands zum Live-Streaming auf Bundesmitgliederversammlungen
7.2 Antrag von Vera Kamaryt: Live-Streaming auf Bundesmitgliederversammlungen
7.3 Antrag des Bundesvorstands: Strategische Erweiterungen für Mehr Demokratie
7.4 Antrag von Leif Hansen: Die nächsten Kampagnen in den Bundesländern
7.5 Antrag von Friedel Vogt: Ehrliche Kandidatenvorstellung Teil 1
7.6 Antrag von Friedel Vogt: Ehrliche Kandidatenvorstellung Teil 2
7.7 Antrag von Ulrich Görnig: Entwurf eines Verhaltenskodex
7.8 Antrag von Ulrich Görnig: Arbeitskreis „Wo die Demokratien der Welt versagen; Friedensverhandlungen ab dem ersten Tag“
7.9 Antrag von Ulrich Görnig: Arbeitskreis „Wo die Demokratien der Welt versagen: die Endverbleibskontrolle von Waffen“
7.10 Antrag von Ulrich Görnig: Arbeitskreis „Schutz der Ozeane“, faktisch schutzlose Lebensräume auf hoher See fallen weltweit durch die Maschen der Demokratien“
7.11 Antrag von Ulrich Görnig: Arbeitskreis „Demokratieversagen durch systematische Fehler“
7.12 Antrag von Ulrich Görnig: Arbeitskreis „§ 50 Patentgesetz: rechtsfreier Raum?“
7.13 Antrag von Ulrich Görnig: Gestaltung der Tagesordnungen auf Bundesmitgliederversammlungen
7.14 Antrag von Ulrich Görnig: Arbeitskreis „Systemische Fehler – kein Wahlrecht für 16 Millionen Deutsche“

8. Abschluss und Verschiedenes

Weitere, die Themen der Tagesordnung betreffende Anträge
schicken Sie bitte bis zum 25. April 2019 an:
Mehr Demokratie e.V.
Alexander Trennheuser
Gürzenichstraße 21 a-c
50667 Köln
Tel. 07957-9239050
Fax 07957-9249992
antrag@mehr-demokratie.de

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Trennheuser

Bertram Böhm

LESERBRIEF

von Heinz Dieter Töller

Seit 2005 bin ich Mitglied bei „Mehr Demokratie"; ich habe an vielen Aktionen teilgenommen und versucht, Bürger und Entscheidungsträger (Volks-Vertreter) von mehr Demokratie zu überzeugen. Ich habe mittlerweile die 70 überschritten; Zeit, meine aktive Arbeit zu beenden.

Das Forum für Leserbriefe möchte ich ein letztes Mal nutzen, ein paar Gedanken/Anregungen für neue Wege bei „Mehr Demokratie" zu Papier zu bringen.

Der Name des Vereins, nämlich „Mehr Demokratie", muss geändert werden. Bürger, die den Namen zum ersten Mal hören, fragen sich: Mehr Demokratie als was? Der Name stellt mehr Fragen als dass er Antworten gibt; als punktgenaue Bezeichnung kommt nur der Name „Direkte Demokratie e.V." in Frage.

Die Vorstufen des zukünftigen bundesweiten Volksentscheids werden von zwei auf eine reduziert. Weshalb sollten die Bürger zweimal unterschreiben bzw. zweimal ihre Volks-Vertreter bitten müssen, bevor sie zur Abstimmung gerufen werden? Die Argumentation von Herrn Johannes Stüttgen (mdmagazin Ausgabe 3.2017) kann ich nicht nachvollziehen.

Der Verein muss bei bundesweiten Demos präsent sein. Soweit Sachfragen auf der Agenda stehen, werden den Bürgern über Flugblätter die Vorteile bundesweiter Volksentscheide nahegebracht. Das Motto muss lauten: Unterschiften für Volksentscheide sammeln statt demonstrieren. Demos berühren unsere Volks-Vertreter erfahrungsgemäß nur marginal.

„Das Motto muss lauten: Unterschiften für Volksentscheide sammeln statt demonstrieren."

An den Sonntagen, an denen in der Schweiz nationale Volksentscheide stattfinden, werden in verschieden Städten Infostände plaziert, auf denen, unter Hinweis auf die in der Schweiz stattfindende Abstimmung, Werbung für bundesweite Volksentscheide gemacht werden. „Abstimmungsbüchlein" werden als praktische Zeugnisse direkter Demokratie verteilt. Organisatorische Planungssicherheit ist in jedem Fall gegeben, da die Termine der nationalen Volksabstimmungen schon bis 2037 feststehen.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien sind auch nach 30-jähriger Vereinsarbeit wenig geneigt, das Grundgesetz für bundesweite Volksentscheide zu öffnen. Ich bin der Meinung, dass die Mitglieder unseres Vereins darüber diskutieren und abstimmen sollten, ob sie eine bundesweite Partei gründen, die sich ausschließlich die Einführung bundesweiter Volksentscheide auf die Fahnen schreibt. Die Partei löst sich nach Erreichen des Ziels auf.

Einige Vorschläge setzen natürlich entsprechende finanzielle Mittel voraus.

Ich hoffe, dass der Verein früher als nach weiteren 30 Jahren seine Aufgabe erfüllt haben wird und dann alle Staatsgewalt von den Bürgern ausgeht.

Ich wünsche allen Mitgliedern weiterhin eine erfolgreiche Arbeit.

Heinz Dieter Töller

SCHREIBEN SIE UNS!
Die Redaktion freut sich, wenn die Artikel im **md**magazin zur Diskussion anregen. Zuschriften bitte an zeitschrift@mehr-demokratie.de

KONTAKT

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
Tel: 089-462 242 05 oder 08071-597 51 20
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028
info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
Tel. 0221-669 665 13, Fax 0221-669 665 99
nrw@mehr-demokratie.de

Landesbüro Sachsen
Hoyerswerdaer Straße 28, 01097 Dresden
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Dorfstr. 2a, 24975 Husby
Tel. 04634-936 76 16, Mobil 0157-522 432 20
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Tel. 0176-240 857 58 (Philipp Gliesing)
thueringen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Matthias Klarebach, Dirk Oestreich
vorstand@md-hessen.de
Felix Hoffmann (Tel. 0152-327 095 38)
felix.hoffmann@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Franz Botens
Tel. 0178-7312566
franz.botens@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Thomas Gretscher
Tel. 0681-416 36 41
thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Hans-Dieter Weber
Tel. 0172-394 88 61
hdum-weber@t-online.de

ARBEITSBEREICHE

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Tim Weber, Büro Bremen
tim.weber@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Carola Hadamovsky, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Pressesprecherin
Anne Dänner, Büro Berlin
presse@mehr-demokratie.de

Internet
Charlie Rutz (Redaktion), Büro Berlin
charlie.rutz@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet, Büro Hamburg
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Daniel Schily, Büro NRW
daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Stefan Padberg
stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Bayern
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Christian Büttner, erreichbar über Büro Ba-Wü
christian.buettner@mitentscheiden.de
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie
Karl-Martin Hentschel
karl.m.hen@googlemail.com

Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie
Daniel Wittig, daniel.wittig@mehr-demokratie.de

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

BUNDESBÜROS

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

IMPRESSUM

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92
info@mehr-demokratie.de

Redaktion
Niklas Weckerle
Redaktionsanschrift:
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement
18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von
Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis
durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
Preisliste Nr. 4 vom 11.4.2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH&Co.KG
100% Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie, BfS München
IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105
BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
Für Heft 1/2019: 04.03.2019

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben, stammen die Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Gestaltung
Liane Haug (www.lianehaug.de)
Niklas Weckerle

MEHR DEMOKRATIE-PRODUKTE ONLINE BESTELLEN

Jetzt Mehr Demokratie-Produkte sichern!

Sie stehen hinter den Zielen von Mehr Demokratie und wollen dies auch zeigen? Sie wollen sich und andere über unsere Arbeit informieren und dafür Materialien bestellen? Dann sind Sie richtig im Webshop von Mehr Demokratie. Kleidung und praktische Kleinigkeiten mit dem Mehr Demokratie-Logo, Flyer, Broschüren oder die edlen Spiegel-Plakate. Einfach mal reinschauen!

www.mehr-demokratie-shop.de | info@age-events.de